

AL
SOUTH PACIFIC
LIBRARY

P
8:1-26
Jan - June
1927
HX
6

LIBRARY
stack I, 10 sheets
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

927 / HEFT 1

BERLIN, DEN 4. JANUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die litauische Büchse der Pandora / H. Remmele: Methoden der Massenmobilisierung in Deutschland / P. Sch.: Die Appellation der Opposition und ihre Ablehnung durch die ausländischen Delegierten / W. Mitzkewitsch-Kapsukas: Der faschistische Staatsstreich in Litauen / Spektator: Die Weltwirtschaft im Jahre 1926

In die Postzeitungsliste eingetragen

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 1 4. JANUAR

I N H A L T

	Seite
Die litauische Büchse der Pandora	1
H. Remmele: Methoden der Massenmobilisierung in Deutschland . . .	5
P. Sch.: Die Appellation der Opposition und ihre Ablehnung durch die ausländischen Delegierten	11
W. Mitzkewitsch-Kapsukas: Der faschistische Staatsstreich in Litauen .	17
Spektator: Die Weltwirtschaft im Jahre 1926	26
J. Duret: Von der „Proletarischen Revolution“ zur Konterrevolution .	42
Z. Leder: Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten	46

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY
HAMBURG BERLIN

H X 6
K 6
v. 8, pt. 1

PROPERTY OF THE
DUPLICATE
NUMBER
OF THE
PROJ

DIE LITAUISCHE BÜCHSE DER PANDORA

Wenn wir über die Stabilisierung des Kapitalismus diskutieren, schenken wir oft der politischen Seite der Frage nicht genug Beachtung, obwohl gerade im politischen Leben besonders klar zutage tritt, von welcher heftigen Fieberanfällen die bürgerliche Gesellschaft geschüttelt wird. Ein besonders krasses Symptom dieses Fiebers ist zweifellos die sogenannte „Krise des Parlamentarismus“, die die meisten bürgerlichen Staaten heute zu verzeichnen haben. Selbst das kleine Litauen, kaum daß es den Anschluß an die Demokratie und den Parlamentarismus gefunden, hat bereits eine äußerst scharfe Krise auf diesem Gebiete durchgemacht. Zwar strotzt auch die vorkriegszeitliche politische Geschichte der Bourgeoisie von ähnlichen Krisen, doch waren dies Episoden im Kampfe zwischen dem Absolutismus und der höchsten Vertretungskörperschaft der Bourgeoisie. Unsere heutigen Parlaments- und Verfassungskrisen sind ganz anderer Natur. Die Institution des Parlaments selbst wird scheinbar nicht angetastet. Desto ungenierter aber wird das Prinzip mit Füßen getreten, indem die Exekutivgewalt, d. h. die nach den Regeln des parlamentarischen Regimes gewählte und vor den sogenannten Volksvertretern verantwortliche Regierung mit bewaffneter Hand gestürzt wird. Diese Verletzungen der Verfassung sind viel schlimmer als die früheren, da das Parlament offen zur Rolle eines Feigenblatts degradiert wird, das mehr schlecht als recht die Blöße der bewaffneten Diktatur verdeckt. Der bürgerliche Parlamentarismus, der Ausdruck des konzentrierten politischen Willens der bürgerlichen Klasse sein soll, wird in eine Fiktion verwandelt, da er bei der gleichen Zusammensetzung jede Exekutivgewalt sanktioniert, ohne Rücksicht auf die Mittel und Wege, mit deren Hilfe sie sich durchsetzt. Die verfassungsmäßige Gesetzlichkeit hört auf, zu existieren, und an ihre Stelle tritt die gepanzerte Faust, notdürftig mit einem parlamentarischen Handschuh bedeckt.

Der kleine litauische Staatsstreich zeigt, wie seinerzeit der polnische, mit welcher Leichtigkeit die bürgerliche Gesellschaft sich mit dem Sturz ihrer alten politischen Götzen abfindet. Eine Handvoll Offiziere der ehemaligen zarischen Armee, mit zwei notorischen Abenteurern an der Spitze, verhaftet eines schönen Tages, oder vielmehr einer schönen Nacht, die Mitglieder der Regierung, läßt das Parlament von Militär umzingeln und zwingt den Präsidenten der Republik samt den Volksvertretern, den gewaltsamen Regierungswechsel zu sanktionieren. Der Präsident der Republik wagt nicht zu erklären, daß er eine Revolverkugel der Unterwerfung unter einen solchen Gewaltakt vorziehe; und unter den Volksvertretern findet sich kein großer oder kleiner Mirabeau, der die Anwesenden aufgefordert hätte, nicht auseinanderzugehen und der rohen Gewalt Widerstand zu leisten. In ein paar Stunden ist alles erledigt, am nächsten Morgen erläßt die neugebackene Regierung bereits ein Manifest und gibt Interviews an die Zeitungen und Reporter. In diesem Falle haben nicht einmal die Arbeiter Widerstand geleistet; ihre Führer wurden gleichzeitig

mit den Ministern verhaftet und alle ihre Organisationen aufgelöst. Wies der faschistische Staatsstreich Mussolinis noch einige dramatische Züge auf, so nahm der litauische einen ganz alltäglichen Verlauf. Der bürgerliche Parlamentarismus versteht es nicht einmal, in Schönheit zu sterben. Widerstandslos läßt er sich liquidieren, weil die bürgerliche Gesellschaft keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse sieht, in die sie dank der nach dem Kriege entstandenen Lage geraten ist. Einerseits völlige wirtschaftliche Zerrüttung, andererseits eine Arbeiterklasse, die sich gegen die Durchführung der Stabilisierung auf ihre Kosten wehrt und bestrebt ist, die Staatsmacht an sich zu reißen. Die bürgerliche Gesellschaft braucht eine Diktatur, aber eine solche Diktatur, die ihr immerhin eine gewisse Möglichkeit der Kontrolle läßt. Daher die eigenartige Form jenes Cäsarismus, der vor unseren Augen entsteht.

In Litauen gab es keine revolutionäre proletarische Bewegung. Die kleine Kommunistische Partei war in die Illegalität gejagt, und selbst die Sozialdemokratie fiel nicht stark ins Gewicht. Das Land, ein vorwiegend bäuerliches, mit einer großen und einflußreichen Kaufmannsschicht, hätte in diesem Zustand wohl noch jahrelang fortvegetieren können. Dennoch gibt es in den Städten eine gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse, und dies genügte, um in der Bourgeoisie Beunruhigung zu wecken. Die organisierten Arbeiter leisteten dem Druck des Kapitals Widerstand und horchten auf die halberstickte Stimme der Kommunisten. Die kleinbürgerliche und demokratische Regierung von Sljaschewicz war außerstande, die Arbeiter zu zähmen oder zu unterdrücken. Sie pendelte hin und her — bald gab sie nach, bald verstärkte sie ihren Druck, bald unterstützte, bald bekämpfte sie die Reaktion. Sie war feige, wie alle kleinbürgerlichen Regierungen unserer Zeit. Die Partei der „Laudiniki“ (Volkspartei) selbst, der Sljaschewicz angehörte, verurteilte auf ihrem Anfang Dezember stattgefundenen Kongreß aufs schärfste die Halbheit der Regierung und verlangte ein energisches Vorgehen gegen den Faschismus, der immer schamloser sein Haupt zu erheben begann. Doch das unglückselige Kabinett wurde durch diese Forderungen noch mehr desorganisiert und kam nicht vom Fleck. Die Faschisten beschlossen schließlich, die Initiative zum Kampf zu ergreifen, und so kam es zum Staatsstreich des 17. Dezember. Es ist bezeichnend, daß dieser vollzogen wurde nicht von den politischen Faschisten, an deren Spitze Smetona und Woldemaras stehen, sondern von dem demoralisierten, versoffenen Offizierskorps, unter der Führung des Obersten Hlowacky und des Majors Plechawitschus. Zweifellos waren die ersteren in die Verschwörung eingeweiht, sie wollten aber nicht die technische Seite des Aufstandes übernehmen, da sie ihres Sieges nicht sicher waren und augenscheinlich auch nicht das Vertrauen der Truppen hatten. Doch nahmen sie die Macht ohne Schwanken an, als sie ihnen auf der Spitze der Offiziersdegen dargebracht wurde: Smetona machte es sich auf dem Präsidentensessel der Republik bequem, Woldemaras aber stellte sich an die Spitze der Regierung und übernahm das Außenministerium. Aus dem gleichen Grunde hatten sie offenbar auch keine Gelegenheit, das Ministerium ausschließlich aus ihren Leuten zu bilden; sie nahmen sich nur die Hauptministerien, außer dem Außenministerium noch Kriegswesen und Inneres, die anderen mußten sie an die „Christlichen Demo-

kraten“ und die Kulakenpartei der „Landwirte“ abgeben. Die Christlichen Demokraten sind die gleiche Partei, die im Jahre 1920 Smetona gestürzt und bis zum Mai 1926, wo bei den Sejmwahlen die Wähler ihr das „Vertrauen“ entzogen haben, am Ruder gestanden hat. So war nun Smetona genötigt die gewonnene Macht mit seinen ehemaligen Gegnern zu teilen, weil das Offizierkorps es wollte. Der zweite Partner der Smetona-Faschisten sind die Dorfkulaken, die um ein Weniges linker sind als die Christlichen Demokraten.

Schon dieser Kuddelmuddel von Parteien und politischen Schattierungen in der Regierung ist symptomatisch: das Kabinett symbolisiert die Konzentration aller reaktionären Kräfte auf der Innenfront. Im Namen dieser Konzentration waren die alten politischen Feindschaften vergessen, wie dies bei allen sozialen Krisen der bürgerlichen Gesellschaft der Fall ist. Entsprechend lautet auch der Hauptpunkt des Programms des neuen Kabinetts: Kampf gegen den „Bolschewismus“, d. h. gegen die Arbeiterklasse.

Objektiv ist es aber gar nicht die kommunistische Gefahr, sondern die äußere Gefahr, die die Hauptfrage des staatlichen Lebens Litauens bildet. Auch in diesem Punkte steht die neue Regierung in hoffnungslosem Widerspruch mit sich selbst. Smetona und Konsorten sind konsequente Nationalisten. Sie treten ein für die volle Unabhängigkeit Litauens und gegen jedes Zugeständnis an Polen, das ihnen Wilna geraubt hat. In Erkenntnis der Ohnmacht ihres kleinen Staates suchen sie einen Stützpunkt bei der Sowjetunion und bei Deutschland, in der Annahme, daß bei freundschaftlichen Beziehungen zu diesen zwei mächtigen Nachbarn Litauen sich nicht nur die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung, sondern trotz der polnischen Umtriebe auch die Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit wird sichern können. Die Christlichen Demokraten stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß die litauische Nationalität nur auf Kosten der Unabhängigkeit des litauischen Staates erhalten werden könne und sind daher zu jedem Kompromiß mit Polen, ja selbst zur Wiederaufrichtung der alten Union bereit. In den letzten Jahren ihrer Regierung führten die Christlichen Demokraten bereits Geheimverhandlungen mit Polen zwecks Regelung der strittigen Wilna-Frage, und zwar dahingehend, daß Wilna im Rahmen Litauens eine Autonomie erhalten solle; die Polen waren ebenfalls zur Autonomie für Wilna bereit, jedoch innerhalb Polens. An diesem Punkte wurden die Verhandlungen abgebrochen, da die Christlichen Demokraten von der Regierung zurücktreten mußten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn sie noch eine gewisse Zeit am Ruder geblieben wären, sie in der Wilnaer Frage irgend ein faules Kompromiß gefunden hätten und dadurch der Weg für weitere Verhandlungen mit Polen frei geworden wäre. Der Hauptziehungspunkt der Christlichen Demokraten in Polen sind die „Ksiends“ (katholische Pfaffen), die Diener des Vatikans, der sowohl in Polen, als auch in Litauen herrscht. Die meisten Führer der Christlichen Demokraten sind selbst katholische Priester, daher auch der Haß dieser Partei gegen Sowjetrußland und zum Teil auch gegen Deutschland. Ihr Einfluß auf die Bauernschaft, besonders auf die Kulaken, ist sehr stark, so daß auch der „Bund der Landwirte“ („Ukininku Sajunga“) zum großen Teil polenfreundlich ist. An der Spitze dieses

letzteren stehen ebenfalls katholische Pfaffen, der berühmteste derselben ist Bolokaitis, der litauische Stinnes.

Kann eine so buntscheckige Regierung eine gemeinsame Linie der Außenpolitik haben? Und doch ist, wie gesagt, die Frage der außenpolitischen Orientierung die wichtigste Frage des litauischen Staatswesens. Waldemaras — Ministerpräsident und zugleich Minister des Auswärtigen — erklärte offen, daß seine Politik auf eine Annäherung an die USSR gerichtet sein werde. Ob sich die Christlichen Demokraten diesem Programm unterwerfen werden, ist höchst fragwürdig. Eher ist zu erwarten, daß es in diesem Punkte zur Spaltung kommen und daß die beiden Teile der Regierung einander in die Haare geraten werden. Nicht ausgeschlossen ist auch eine erneute Einmischung des Offizierskorps, das in bezug auf Polen ebenfalls in zwei Lager gespalten ist.

Wie gefährlich eine solche Spaltung wäre, liegt auf der Hand, denn zweifellos werden die Christlichen Demokraten bei ihren polnischen Freunden aktive Unterstützung finden. In Diplomatenkreisen ist bekannt, daß unverzüglich nach dem Staatsstreich in Litauen der polnische Außenminister Zaleski die ausländischen Vertreter zu sich gerufen und ihnen gegenüber die unbedingte Absicht und den Wunsch der polnischen Regierung geäußert hat, angesichts der Ereignisse in Litauen strengste Neutralität zu wahren. Doch in der Sprache der Diplomaten haben die Worte „Absicht“ und „Wunsch“ eine ganz besondere Nuance: sie bedeuten, daß die Regierung sich Aktionsfreiheit vorbehält für den Fall, daß die Umstände sich stärker erweisen sollten, als Absichten und Wünsche. „Ultra vires nemo posse“ (niemand kann über seine Kraft hinaus etwas leisten) — dieses Prinzip des römischen Rechts ist die beliebteste Entschuldigung der Diplomatie, wenn sie ein gegebenes Versprechen bricht. Den ganzen Sommer hindurch bereitete sich Polen zu einem Angriff auf Litauen vor. Ganz unzweideutig wurde davon gesprochen, daß Polen die erste beste Gelegenheit benutzen wird, um den Wilnaer Trick in größerem Maßstabe zu wiederholen — durch Organisation eines angeblichen polnischen Aufstandes in Litauen oder durch Inszenierung eines kommunistischen Putsches. Die Ausführung dieser Pläne mußte aber verschoben werden, da sie zu allgemein bekannt geworden sind. Es ist jedoch klar, daß, nachdem die neue litauische Regierung offiziell die bolschewistische Gefahr an die Wand malt, die Polen mit Hilfe der Christlichen Demokraten im gegebenen Moment einen kommunistischen Putsch simulieren und unter dem Vorwand der Wahrung der eigenen Sicherheit ihren längst gehegten Traum der Besetzung Litauens verwirklichen werden. Dies ist der innere Sinn der als Folge des Staatsstreichs geschaffenen Lage in der litauischen Republik. Die Besetzung Litauens durch Polen ist eine große Gefahr auch für die USSR, da dadurch an ihren westlichen Grenzen ein erhöhter Druck seitens eines Gegners entstehen würde, der offen nach einer Expansion über den Bug und Dnjepr hinaus strebt. Trotz der äußeren Ruhe, mit der der Staatsstreich sowohl in Litauen selbst, als auch in seinen Nachbarstaaten aufgenommen wurde, dürfen wir uns nicht über dessen Dauer und Stabilität täuschen, sondern müssen auf neue Stürme gefaßt sein, die aus der nunmehrigen labilen Lage Litauens, wie aus der Büchse der Pandora, sich entringen werden.

H. REMMELE:
 METHODEN DER MASSENMobilisierung
 IN DEUTSCHLAND

Bei Beurteilung der Arbeit der einzelnen Sektionen der KI auf der 7. Erweiterten Exekutive wurde die Forderung laut, daß die erfolgreichen Methoden der Massenmobilisierung des Proletariats, auf die man in einigen Sektionen zurückblicken konnte, auch von den übrigen Sektionen studiert und zur Anwendung gebracht werden sollen. Dies war der Grund des Wunsches, diese Methoden zu besprechen und einem breiteren Forum zugänglich zu machen.

Im nachfolgenden ist von den Erfolgen auf diesem Gebiete in der deutschen Sektion der KI die Rede. Im Grunde handelt es sich um nichts anderes als um die Methoden des Leninismus, wie sie der Genosse Lenin selbst noch ausgearbeitet hat: um die leninistische Anwendung der Einheitsfronttaktik. In keiner Sektion der KI war die Anwendung der Einheitsfronttaktik ein so umstrittenes Problem wie in der KPD. Nicht nur in theoretischen Streitfragen, sondern in der praktischen Tagesarbeit seit Bestehen der Partei drehte sich das Für und Wider in der Tagespolitik fast ausschließlich um dieses Problem. Längst ist dieses Problem aus dem Bereich der theoretischen Erörterung in die Praxis der Parteipolitik eingegangen. Wir unterscheiden in dieser Praxis drei Etappen:

1. die opportunistische Anwendung der Einheitsfronttaktik, die allgemein als die Politik des Brandlerismus bezeichnet wird und in der Partei vom 3. Weltkongreß bis zum Oktober 1923 vorherrschend war;
2. die negierende und sich selbst „entlarvende“ Anwendung der Einheitsfronttaktik der ultralinken Führung vom Frankfurter Parteitag im Februar 1924 bis zum Offenen Brief im September 1925;
3. die Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie sinngemäß vom 3. Weltkongreß beschlossen und vom 4. und 5. Weltkongreß erneut bestätigt wurde und unter Abstreifung des Brandlerismus und der ultralinken Unfruchtbarkeit zu den jetzigen Erfolgen führte.

Unter dem Brandlerismus war die Einheitsfront Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie. Unter der ultralinken Führung von Maslow-Ruth Fischer versuchte man sie lediglich als Entlarvungspolitik in bezug auf die Sozialdemokratie anzuwenden, während sie nach dem Offenen Briefe in der Hauptsache als Politik der Mobilisierung der Arbeitermassen unter kommunistischen Losungen angewendet wurde, wobei sich zeigt, wie sich die Sozialdemokratie als bürgerliche Partei entlarvt. Also heute wird in der Parteipolitik der KPD die Einheitsfronttaktik weder als Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie noch als ausschließliche Entlarvungstaktik gegenüber der Sozialdemokratie aufgefaßt, Leitmotiv der Anwendung ist lediglich die breiteste revolutionäre Massenmobilisierung. Die Frage, ob es hierbei gelegentlich und vorübergehend zu Bündnissen mit der Sozialdemokratie kommt und wie diese sich im Verlauf jeder Aktion

entlarvt, ist eine Frage sekundärer Natur, die ganz ins Belieben dieser bürgerlichen Partei gestellt ist. Für die Bestätigung der Richtigkeit dieser Politik ist es von großer Bedeutung, daß die 7. Erweiterte Exekutive der KI bei der Notwendigkeit der Aufhebung des disziplinären Beschlusses der 5. Erweiterten Exekutive über Brandler und Thalheimer sich nochmals grundsätzlich von der Brandlerischen Politik abgrenzte und diese Politik erneut verurteilte, aber noch schärfer die ultralinke Politik der Maslow-Ruth Fischer und ihres Anhangs in der Partei verurteilen mußte, die sich ganz offen jenseits der Barrikaden stellten. In dem engen Rahmen eines Aufsatzes in einer Wochenschrift ist kein Raum, auf die grundsätzlichen Unterschiede dieser drei verschiedenen grundsätzlichen politischen Richtungen in der Anwendung der Einheitsfronttaktik einzugehen. Es muß daher die allgemeine Feststellung genügen.

Die heutige Führung der KPD hatte in fünfzehnmonatiger Arbeit die Richtigkeit der leninistischen Politik und Strategie zu erweisen. Sie mußte hierbei der ultralinken Politik der Maslow-Ruth Fischer, die damals vollkommen bankrott gemacht und den Einfluß des Kommunismus in Deutschland auf den Nullpunkt herabgewirtschaftet hatte, eine starke Wendung geben. In unseren Aufsätzen über die Radikalisierung in der deutschen Arbeiterschaft und über den Faschismus in Deutschland haben wir zahlenmäßig den Niedergang des kommunistischen Einflusses unter Maslow-Ruth Fischer dargelegt und zu gleicher Zeit die aufsteigende Linie unter der neuen Parteiführung angezeigt. Es ist jetzt unsere Aufgabe, die besonderen Formen und Methoden der Einheitsfronttaktik unter der neuen Führung darzulegen.

Zunächst die organisatorischen Formen. Von größter Wichtigkeit sind hier die Einheitsfrontorganisationen. An solchen haben wir in Deutschland zu verzeichnen:

1. den Roten Frontkämpfer-Bund,
2. den Roten Jungsturm,
3. den Roten Frauen- und Mädchen-Bund,
4. die Rote Hilfe,
5. die IAH,
6. den Reichsausschuß der Werktätigen,
7. den Reichserwerbslosen-Ausschuß.

Hierher gehören auch die Einheitsfrontorganisationen für vorübergehende Aufgaben, so z. B. der Kuczynski-Ausschuß zur Durchführung der Fürstenenteignungs-Kampagne.

Der Rote Frontkämpfer-Bund wurde ursprünglich als Gegenorganisation des revolutionären Proletariats gegen die monarchistisch-faschistischen Kampfverbände und das republikanische Reichsbanner als militär-politische Organisationen gegründet. Entsprechend dieser Aufgabe als Gegenorganisation war der Rote Frontkämpfer-Bund ursprünglich militärisch organisiert. Mit der stärkeren Beschäftigung aber mit politischen Problemen und Weitersteckung der Aufgaben im politischen Tageskampf des Proletariats wurde er immer mehr eine Organisation, die die gesamte Peripherie des revolutionären Teiles der Arbeiterschaft in sich aufsaugte, so daß er alsbald eine Einheitsfrontorganisation der revolutionären Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes wurde. Unter den 180 000 Mitgliedern, die heute der Rote Frontkämpfer-Bund zählt, befindet sich kaum ein Drittel Kommunisten.

Daneben finden wir im RFB einen erheblichen Teil Sozialdemokraten, und die übergroße Masse sind parteilose Arbeiter. Der Rote Frontkämpfer-Bund geht heute weit über die Peripherie und das Organisationsfundament der KPD hinaus. In Hunderten von Orten, wo es bisher der KPD nicht gelungen ist, eigene Organisationen zu gründen, befinden sich Organisationen des RFB. Der Einfluß der Kommunisten und die Uebereinstimmung der Politik des Roten Frontkämpfer-Bundes mit der der KPD ist durch eine straff zentralisierte Fraktionsarbeit der Kommunisten gesichert, und es wurde noch kein Fall bekannt, in dem der RFB in seiner praktischen Betätigung in Gegensatz zur KPD gekommen wäre.

Der Rote Jungsturm ist als Unterabteilung des RFB die Jugendorganisation der Roten Frontkämpfer.

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund, der heute 25 000 Mitglieder zählt, trotzdem er erst vor wenigen Monaten gegründet wurde, ist aus dem RFB hervorgegangen. Ursprünglich befanden sich in den Marschkolonnen der Roten Frontkämpfer auch Frauen und Mädchen. Nachdem diese Gruppen immer stärker wurden, schlossen sie sich zu einer einheitlichen Reichsorganisation zusammen unter der besonderen Bezeichnung Roter Frauen- und Mädchen-Bund. Die Entwicklung dieses Bundes ging ganz analog der Entwicklung des RFB von der militärischen Organisation zur Organisation mit politischen Aufgaben über.

Der RFB, der RJ und der RFMB geben je ein Verbandsorgan heraus, die in Massenaufgaben wöchentlich erscheinen. Das Organ des RFB erscheint in einer Auflage von 300 000, das Organ des RFMB in einer Auflage von 30 000 Exemplaren.

Die Rote Hilfe, die Internationale Arbeiterhilfe sind in der KI genügend bekannt, so daß sich eine Erläuterung erübrigt.

Dagegen ist der Reichsausschuß der Werkstätigen eine Neuerscheinung, die erst vor wenigen Wochen auf dem Kongreß der Werkstätigen geschaffen wurde und dem die zentrale Zusammenfassung aller großen Massenaktionen der werktätigen Volksmassen aufgegeben ist.

Das gleiche gilt für den Reichserwerbslosen--Ausschuß, der die besondere Aufgabe hat, das stehende Heer der Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf für die besonderen Interessen der Erwerbslosen zusammenfassen und zu dirigieren.

Die wichtigsten Einheitsfrontkampagnen während der Tätigkeit der neuen Parteileitung sind im wesentlichen folgende:

1. die Kampagne für die Berliner Rathauswahlen im November 1925;
2. die Kampagne für die Provinzial-Landtagswahlen im Anschluß an die Berliner Rathauswahlen;
3. die Umstellung der Sachsenpolitik gegen das sächsische Ministerium, was zur Spaltung der SPD in Sachsen führte;
4. die Kampagne gegen die Beschlüsse des Heidelberger Parteitages der SPD, sich an der Großen Koalition der Reichsregierung und der Landesregierungen zu beteiligen, was zur Niederlage des Parteivorstandes der SPD im Dezember 1925 und Januar 1926 führte, als der Parteivorstand sich für die Große Koalition entschieden hatte, was durch die Mitgliederversammlungen und durch den Reichsausschuß der SPD abgelehnt wurde.

5. die Kampagne zur Einheitsfront gegen die faschistischen Rüstungen in Thüringen, wo es zur Bildung von Einheitskomitees mit den Gewerkschaften und der SPD kam;
6. die große achtmonatige Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten;
7. das Reichstreffen der Roten Frontkämpfer Pfingsten 1926;
8. die Organisierung der 2. Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland und die Bildung und Verbreiterung des Einheitskomitees im Anschluß an die Reise der Arbeiterdelegation;
9. die Kampagne zu den sächsischen und badischen Landtags- und Gemeindewahlen;
10. die Kampagne zur Organisierung und Durchführung des Kongresses der Werktätigen.

Die Kampagne für die Berliner Rathauswahlen brachte in Berlin eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit des Stadtparlaments. Die Aufgabe der kommunistischen Fraktion bestand nun darin, die Lebensinteressen der werktätigen Massen der Riesenstadt wahrzunehmen, um so die Sozialdemokratie vor die Entscheidung zu stellen, mit den Kommunisten die Interessen der Arbeiterschaft und der verelendeten Kleinbürger wahrzunehmen, oder mit den bürgerlichen Parteien kapitalistische Politik zu betreiben. Die Sozialdemokratie wählte in den meisten Fällen das Letztere. Am schärfsten kam dies zum Ausdruck, als bei der Wahl des Magistrats die SPD mit dem Bürgertum zusammenging, um die Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Magistrat zu sichern. Das Verwaltungssystem ist jetzt in Berlin ein solches, daß im Stadtparlament eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit, im Magistrat aber eine rein bürgerliche Mehrheit vorhanden ist. Diese Politik der Sozialdemokraten kostete sie viele Tausende Anhänger und beschleunigte und bestärkte den sich in der Arbeiterschaft entwickelnden Radikalisierungsprozeß.

Derselbe Prozeß ging vor sich in den Provinzial- und Kreislandtagen des flachen Landes.

Die Umstellung unserer Politik im Sachsenparlament mobilisierte die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen die Politik ihrer rechten Führer in den Ministerien und zwang die linken Sozialdemokraten im Parlament zur schärfsten Opposition gegen ihre eigenen Parteigenossen. Dieser Prozeß führte endlich zur Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie und beschleunigte auch hier ganz erheblich den Radikalisierungsprozeß unter den sozialdemokratischen Arbeitern.

Im August 1925 beschloß der Heidelberger Parteitag der SPD mit übergroßer Mehrheit grundsätzlich, daß sich die SPD an der Großen Koalition bis zu den monarchistischen und schwerkapitalistischen Parteien im Reich und in den Länderregierungen beteiligt. Unsere Kampagne gegen diese Beschlüsse führte dazu, daß dieser Beschluß, als er bei der Regierungskrise im Dezember 1925 zum erstenmal angewendet werden sollte, nicht durchgeführt werden konnte, weil sich nahezu sämtliche Parteiorganisationen der SPD dagegen auflehnten.

Die Einheitsfrontkampagne gegen die faschistischen Vorstöße in Thüringen führte gleichfalls zu scharfen Zusammenstößen in der SPD. Nachdem sich die lokalen sozialdemokratischen Organisationen und die Gewerk-

schaften in den Einheitskomitees zusammengefunden hatten, erließ die Bezirksleitung ein internes Rundschreiben an die Lokalorganisationen mit dem Eingeständnis, daß der Beschluß des Parteivorstandes, die Mitglieder, die sich den Einheitskomitees anschließen, aus der Partei auszuschließen, nicht durchgeführt werden könne, da sonst von den Parteiorganisationen nicht mehr viel übrig bleibe.

Die wichtigste und größte Kampagne war die Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten. In dieser Kampagne wurde die Sozialdemokratie mehrmals zur Kapitulation gezwungen, indem sie sich entgegen ihren früheren Beschlüssen unter dem Drucke ihrer Mitgliedschaft den Kommunisten anschließen mußte. Die Kampagne wurde eingeleitet im Dezember 1925. Nach einmonatiger propagandistischer Vorbereitung wurde im Januar zur praktischen Durchführung des Volksbegehrens geschritten. Sämtliche bürgerliche Parteien und darunter auch die Sozialdemokraten lehnten die Forderungen der Kommunisten ab. Als sich aber bei der ersten Unterschriftensammlung die ganze Bevölkerung in Neuköln ohne Unterschied ihrer Parteistellung beteiligte, erklärte die Sozialdemokratie, die zuerst den Nachweis zu bringen versuchte, daß ein Volksentscheid undurchführbar sei, jetzt selbst, daß sie einen eigenen Volksentscheid neben dem kommunistischen durchführen wolle. Diese Beruhigungspille für den sozialdemokratischen Anhang hatte aber gerade die gegenteilige Wirkung. In den Mitgliederversammlungen forderten die Arbeiter, daß sich die Parteileitung an der Kampagne der Kommunisten zu beteiligen habe, wenn sie nicht als Zersplitterer der Bewegung auftreten wolle. Der im Februar einberufene Reichsausschuß der SPD beschloß alsdann, 1. daß durch Vermittlung des ADGB gemeinsame Beratungen mit dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralvorstand der SPD zum Zwecke der Durchführung einer gemeinsamen Kampagne zur Fürstenenteignung herbeigeführt werden müßten; 2. daß sich die Sozialdemokratie der von den Kommunisten bereits begonnenen Kampagne anzuschließen habe.

Das Volksbegehren, das Mitte März durchgeführt wurde, verlangte 4 Millionen Unterschriften, wenn ein Gesetz zum Volksentscheid durch die Regierung zur Abstimmung gestellt werden soll. Der Erfolg des Volksbegehrens waren aber nicht 4, sondern 12½ Millionen Unterschriften. Der Volksentscheid am 20. Juni brachte rund 15 Millionen Stimmen für das kommunistische Gesetz der Fürstenenteignung. Die Bedeutung dieser Kampagne wurde in dieser Zeitschrift eingehend gewürdigt, so daß wir uns einer näheren Betrachtung enthalten können.

Eine Feststellung jedoch muß wiederholt werden: diese Kampagne war die breiteste Massenmobilisierung, die die Kommunistische Partei je zu verzeichnen hatte. Diese Massenmobilisierung führte zur Zersetzung aller politischen Parteien, und es konnte zahlenmäßig nachgewiesen werden, daß sich die Wählerschaft bis zu den rechtsstehendsten monarchistischen Parteien an der kommunistischen Aktion beteiligte. Die 160 000 organisierten Kommunisten in Deutschland, die bei der letzten Wahl im Reiche (Hindenburg-Wahl) nur 1 800 000 Stimmen erhalten konnten, führten nunmehr eine 15-Millionen-Armee hinter sich her. Diese Aktion gestattete der Partei, mehr als jede frühere Wahlbewegung, alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme vor den breitesten Bevölkerungskreisen in ihrer gesamten

Tiefe aufzurollen und ihre revolutionäre Propaganda bis in die letzten Hütten und entlegensten Dörfer hineinzutragen.

Wirksam wurde diese Aktion unterstützt durch den Massenaufmarsch der Roten Frontkämpfer Pfingsten 1926 in Berlin, bei dem 80 000 uniformierte Rote Frontkämpfer aus dem ganzen Reiche und 250 000 Arbeiter aus der Umgebung Berlins durch die Straßen der Stadt demonstrierten. Tausende von Demonstranten und Massenversammlungen in allen Städten des Reiches, die eine so große Beteiligung aufzuweisen hatten wie nie zuvor, legten Zeugnis ab von der restlosen Erfassung der breitesten Arbeitermassen. An der Demonstration beteiligten sich etwa $\frac{1}{4}$ Million Werktätiger.

Mit der Durchführung des Volksentscheids hat die Partei die Massenmobilisierung nicht eingestellt, sondern die Kampagne wurde fortgesetzt zur organisatorischen Erfassung der sich in Bewegung befindenden Volksmassen. Den organisatorischen Ausdruck dieser Massenmobilisierung fand die Bewegung in der Organisierung und Durchführung des Kongresses der Werktätigen vom 1. bis 5. Dezember d. J. Diesem Kongreß gingen voraus oder folgten im Anschluß eine Reihe von Nebenkampagnen, so der Reichskongreß der Erwerbslosen, eine Reichskonferenz der Kleinbauern, Siedler und Pächter, eine Reichskonferenz zur Wahrung der Mieterinteressen und eine Reihe anderer Sonderkonferenzen. Auf dem Kongreß der Werktätigen waren 1956 Delegierte erschienen, die im Durchschnitt 4000—5000 Arbeiter oder andere Berufsstände oder Interessengemeinschaften repräsentierten. Hunderte von Delegierten haben der Kongreßleitung berichtet, daß sie nicht erscheinen können, da sie sonst ihre Arbeitsstellen verlieren würden, oder auch, daß sie unter dem Drucke der sozialdemokratischen Parteileitung, die sie mit Ausschluß bedrohte, ihr Nichterscheinen entschuldigten. Der Kongreß war zusammengesetzt aus 550 Delegierten der Erwerbslosen, 420 Delegierten der Großbetriebe, 210 Delegierten von örtlichen Gewerkschaften und Ortsausschüssen, 80 Vertretern der Kleinbauern, 60 Vertretern der Einheitskomitees, 80 Vertretern der Sport- und Kulturorganisationen, 70 Delegierten von Mieterverbänden, 140 Vertretern des Mittelstandes, von Kleinhändlern, selbständigen Gewerbetreibenden und Aufwertungsorganisationen, einer Anzahl von Delegierten der freien Berufe, von Organisationen von Aerzten, Rechtsanwälten, Schriftstellern und Künstlern und endlich von Freidenkerorganisationen. Die parteipolitische Zusammensetzung des Kongresses war: 680 Parteilose, 650 Kommunisten, 170 Sozialdemokraten, 16 Unabhängige Sozialdemokraten (SPD und USPD bedrohten ihre Mitglieder mit Ausschluß, wenn sie sich am Kongreß beteiligen), 15 Vertreter des Sozialistischen Bundes, 9 Christlich-Soziale (Zentrum), 5 Demokraten und 4 andere Parteien, darunter 2 Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Diese Zusammensetzung zeigt, daß der Kongreß, der 8 bis 10 Millionen Werktätige repräsentierte, eine wirkliche Zusammenfassung aller Werktätigen zum Kampfe gegen das kapitalistische System darstellte. Die Beschlüsse des Kongresses wurden durchweg einstimmig gefaßt und legten Zeugnis ab, daß die werktätigen Massen nicht nur dem Rufe zur Kongreßtagung gefolgt sind, sondern daß sie auch bereitstehen, den Losungen der Kommunisten in den kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu folgen.

Diese Aufstellung zeigt, in wie weitem Maße es der KPD im verflochtenen

Jahre gelungen ist, die breiteste Massenmobilisierung durchzuführen. Die unmittelbaren Erfolge in bezug auf die Stärkung der Partei und die Gefolgschaft der Massen zeigten sich bei den sächsischen und badischen Wahlen, die gleichfalls in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die zahlenmäßigen Resultate haben wir bereits in dieser Zeitschrift erwähnt. Die Gefolgschaft der breitesten Massen auf das parteipolitische Gebiet ist heute stärker als selbst in den im höchsten Maße revolutionsschwangeren Tagen bis zum Jahre 1923. So hat sich die KPD durch die leninistische Anwendung der Einheitsfronttaktik in der Epoche zwischen zwei Wellen der Revolution eine breite Basis nicht nur zur Massenmobilisierung, sondern auch zur Organisierung der in Fluß gebrachten Massen geschaffen. Das gibt die beste Garantie, daß die Partei den kommenden revolutionären Kämpfen besser gewachsen ist, als das in der Vergangenheit der Fall war.

P. S C H. :

DIE APPELLATION DER OPPOSITION UND IHRE ABLEHNUNG DURCH DIE AUSLÄN- DISCHEN DELEGIERTEN

Die Diskussion auf der letzten erweiterten Plenartagung des EKKI zum Referat des Genossen Stalin über die innerparteilichen Fragen der KP der Sowjetunion verdient aufmerksames Studium. Sie wurde besonders scharf geführt, weil es den Führern des „Blocks“ beliebt hatte, die Komintern zu zwingen, in internationalem Maßstabe, und sozusagen auf dem Wege der „Appellationsklage“ alle theoretischen und praktischen Abweichungen der Opposition Revue passieren zu lassen. Wohl hat Genosse Trotzki vorsorglich versucht, die Bedeutung der Plenumbeschlüsse in voraus abzuschwächen, indem er gleich zu Anfang seiner Rede hochmütig die Andeutung fallen ließ, daß er, auch wenn er Fehler begangen habe, vor den hier Versammelten keine Verantwortung dafür trage. Er erklärte:

„In diesen beiden Fragen (in der Beurteilung der Perspektiven der Februarrevolution und in der Frage des Verhaltens den Menschewiki gegenüber) waren bei weitem nicht alle hier anwesenden Genossen mir gegenüber im Recht.“

Dessen ungeachtet hat wohl kaum einer der „Block“-Anhänger irgendwelchen Grund, zu behaupten, daß der Beschluß in seiner Appellationsbeschwerde vom Plenum ohne genügende Kenntnisnahme des Materials, ohne genügend eingehende und vielseitige Erörterung desselben und endlich ohne genügendes Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der umstrittenen Fragen gefaßt worden sei.

Für alle Reden der Vertreter einzelner Sektionen ist die Erkenntnis der hervorragenden Bedeutung der internationalen Frage nach dem sozialistischen Aufbau in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken charakteristisch. Auf diesem Gebiet war es der Genosse Sinowjew, der seinerseits

den Versuch machte, die Kompetenz des Plenums im voraus zu untergraben, und zwar nicht mehr durch eine geschickte Andeutung, sondern durch einen offenen Vorwurf der Parteilichkeit — weil angeblich die Theorie von dem Aufbau des Sozialismus in einem Lande für die ausländischen Kommunisten verlockend sei, da sie ihnen bequem liege, an sie keine großen Ansprüche stelle und ihnen die „Erlaubnis“ zum Nichtstun erteile. Dieser Versuch wurde jedoch vereitelt durch die tiefgehende Behandlung, die der opportunistischen Revision des Leninismus von den Vertretern aller KI-Sektionen zuteil wurde. Gerade auf dem Plenum trat es noch deutlicher zutage, daß der Unglaube an den Aufbau des Sozialismus in der USSR, trotz seiner „über-internationalen“ Ansprüche, in Wirklichkeit den unmittelbaren revolutionären Kampf allen Sektionen der Komintern seiner Perspektiven beraubt.

Die Einwände, die die Opposition, insbesondere Genosse Trotzki, der in dieser Frage bekanntlich am „vorgeschrittensten“ ist, gegen die Möglichkeit einer erfolgreichen Konkurrenz der Sowjetwirtschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt vorbringt, zerstören nicht nur den Glauben an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der USSR, sondern verurteilen auch die Revolution in Deutschland, England und jedem anderen europäischen Lande zur Hoffnungslosigkeit, wenn sie nicht durch den Sieg im allgemein europäischen Maßstabe unterstützt wird. Speziell kehrt sich die Theorie des Genossen Trotzki gegen die Revolution in den Kolonialländern, denn sie prophezeit ihnen die traurige Perspektive, daß sie nach ihrer Befreiung von einer Form der imperialistischen Unterdrückung unter eine andere Form der imperialistischen „Kontrolle“, eine andere Form der Abhängigkeit von derselben imperialistischen Weltwirtschaft geraten werden. Daher erweitert sich die Frage nach dem Aufbau des Sozialismus in unserem Lande zur Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einzelnen Ländern überhaupt. Jede Sektion der Komintern stellte sich — mit gutem Grunde — auf den Standpunkt, daß diese Frage im direkten und unmittelbaren Sinne dieses Wortes ihre eigene Frage ist, nicht nur, weil der Aufbau des Sozialismus in der USSR zugleich ein Aufbau der Basis und der Hochburg der Weltrevolution ist, sondern auch, weil die Argumentierung der Opposition den proletarischen Kampf in den einzelnen Ländern, wenigstens auf eine bestimmte Zeit hinaus, zu einem hoffnungslosen und gegenstandslosen Kampf macht.

„Bei einzelnen ausländischen Kommunisten — erklärte in seiner Rede Genosse Sinowjew — stießen wir auf folgende Stimmungen: bei uns (in Deutschland, in der Tschechoslowakei usw.) tritt die proletarische Revolution nicht ein. Mögen also wenigstens sie (die Russen) bei sich den Sozialismus aufbauen, sei es auch ohne unsere Hilfe. Eben das sind Stimmungen der Passivität und des Pessimismus, eben solchen Gedankengängen würden auch manche Sozialdemokraten zustimmen. Bei einzelnen russischen Kommunisten aber bringen solche Gedankengänge in Wirklichkeit den Pessimismus in bezug auf die proletarische Weltrevolution zum Ausdruck und erzeugen das unbewußte Bestreben, die Nep für Sozialismus auszugeben.“

Will man also dem Genossen Sinowjew Glauben schenken, so wird die sozialistische Aufbauarbeit der KP der Sowjetunion und das Verhalten der anderen KI-Sektionen dieser Arbeit gegenüber durch die Formel erschöpft: die Russen bauen auf und die Ausländer schauen zu. Einer solchen Charak-

teristik der schwierigen, schöpferischen, aufopferungsvollen Arbeit in der USSR, einer solchen Auslegung der Sympathien der breiten Arbeitermassen der kapitalistischen Länder für die USSR, solchen Gedankengängen werden tatsächlich auch manche Sozialdemokraten zustimmen. Wer sind sie aber, diese „einzelnen ausländischen Kommunisten“ oder die „einzelnen russischen Kommunisten“, die mit einer so vernichtend-spießerhaften Passivität an die Zentralfrage der proletarischen Revolution herantreten? Genosse Sinowjew zieht es vor, nicht nur auf eine Angabe der Namen, der Gruppen usw., nicht nur auf Beweise, Zitate u. dergl. zu verzichten, sondern auch seine ganze „Anklage“ in unbestimmter Richtung, an unbekannte Adressen zu richten, sie nur so, für alle Fälle zu erheben. Die Vorzüge einer solchen Argumentierungsmethode, solcher Andeutungen auf etwas, „wovon niemand nichts weiß“, sind unschwer zu erraten: dem Urheber bleibt eine gewisse Hoffnung erhalten, daß seine ins Blaue hinein erhobene „Anklage“ leichter unwiderlegt bleiben wird. Der Urheber hat sich jedoch schwer geirrt: die ganze Arbeit des Plenums war eine lebendige Widerlegung jener Passivität und jenes Pessimismus, den Genosse Sinowjew den kommunistischen Parteien zuschreiben möchte.

Unter den zahlreichen Gedanken, die im Plenum zur Frage des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande ausgesprochen wurden, sind vielleicht die Reden des Vertreters der englischen Partei Bell und der chinesischen Partei Tan-Ping-schan von diesem Standpunkt aus die bemerkenswertesten. Genosse Tan-Ping-schan wies ganz richtig darauf hin, daß, wenn die Grundkonzeption der Opposition von den Triebkräften der Revolution richtig wäre, dann das chinesische Proletariat jede Hoffnung fahren lassen müßte, die chinesische Revolution nicht in kapitalistischer, sondern in sozialistischer Richtung zu lenken. In der Tat: der Sieg der chinesischen Revolution wird auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe eine demokratische, antiimperialistische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft mit sich bringen. Wenn die Behauptungen des Genossen Trotzki richtig sind, daß am nächsten Tag nach dem politischen Siege des Proletariats zwischen ihm und der Bauernschaft ein Konflikt entbrennt, der nur im Maßstab der internationalen Revolution gelöst werden kann, so bedeutet das, daß der schier unabsehbare Ozean der chinesischen Bauernschaft gleich bei den ersten Versuchen eines neuen Wirtschaftsaufbaues die verhältnismäßig kleinen Inseln der vom Proletariat organisierten Großbetriebe überschwemmen wird. Wenn die Behauptung des Genossen Trotzki richtig ist, daß die siegreiche Revolution über keine Mittel verfügt, mit fortschreitender Entwicklung die Abhängigkeit ihrer Wirtschaft von der internationalen bürgerlichen Einkreisung zu verringern, ja mehr als das — daß mit fortschreitender Entwicklung dieser Wirtschaft auch deren Abhängigkeit von der internationalen bürgerlichen Kontrolle zunimmt, sind diese Weissagungen richtig, dann bleibt der chinesischen Revolution nichts anderes übrig, als sich dem amerikanischen Kapital auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Denn nach der Vertreibung der amerikanischen, englischen und japanischen Okkupationstruppen ist das chinesische Volk zur Knechtung durch den amerikanischen, japanischen und englischen Industriellen und Kaufmann mit seiner hochentwickelten Technik und billigen Ware „verurteilt“. Mehr als das. Hat Genosse Trotzki darin recht, daß das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung in der Zeit

des Imperialismus nicht mit besonderer Schärfe in Erscheinung tritt, und daß diese Ungleichmäßigkeit nicht mit dem Fortschreiten des Imperialismus zunimmt, so ist es überhaupt unverständlich, wieso es der Revolution gelingen soll, die imperialistische Front gerade in China zu durchbrechen, d. h. gerade dort, wo die Interessen des Imperialismus besonders stark, wo sie zu einem besonders festen und wirren Knoten geknüpft sind. Durch die bloße Tatsache ihrer erfolgreichen Entwicklung widerlegt die chinesische Revolution jene Auffassung des Imperialismus, die Genosse Trotzki dargelegt hat und mit der sich die Genossen Sinowjew und Kamenew solidarisiert haben. Die wissenschaftlich begründete Ueberzeugung der chinesischen Kommunistischen Partei, daß das Proletariat auch nach der Vertreibung der Imperialisten die führende Rolle in der Revolution behalten kann, daß sein Bündnis mit der Bauernschaft weiter entwickelt und vertieft werden kann, kurz — jene Ueberzeugung, die heute schon die unentbehrliche organisierende und anspornende Kraft ist, steht in offenem Widerspruch mit der Theorie der permanenten Revolution des Genossen Trotzki. Die Gewißheit, daß das revolutionäre Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft in China, gestützt auf die USSR und das internationale Proletariat, sich von der räuberischen Bevormundung der kapitalistischen Wirtschaft befreien wird, steht in krassem Widerspruch zur „Verwachsungstheorie“ des Genossen Trotzki.

Die gleiche Frage nach den notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus steht auch im Mittelpunkt der Rede des Genossen Bell. Er weist ganz richtig darauf hin, daß „die Frage nach der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in Großbritannien eben so alt ist wie der englische Reformismus“. Die reformistischen Führer wissen ausgezeichnet, daß es kein besseres Mittel gibt, um den Willen des Proletariats in seinem Kampf um die Macht zu lähmen, als ihm den Gedanken der Gegenstandslosigkeit dieses Kampfes infolge der Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaues vor dem vollständigen Sieg der Revolution in einer genügenden Anzahl technisch am meisten entwickelter Länder einzuflößen. Kann man nun behaupten, daß das englische Proletariat, trotz der höheren Technik, nicht eine Reihe sehr ernster Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, und zwar nicht nur während des Kampfes um die Macht und des Kampfes gegen die Intervention des internationalen Kapitals, sondern auch in den darauffolgenden Phasen der sozialistischen Organisierung der Wirtschaft? Keinesfalls. Die proletarische Revolution wird bereits in den ersten Stunden ihres Sieges allen Kolonien das wirkliche Recht auf faktische Lösung einräumen. Die Schwierigkeiten der proletarischen Revolution in England bestehen nicht nur in einer seitens des bürgerlichen Amerika drohenden Intervention, sondern auch in der Organisierung der Wirtschaft in einer auf tiefste veränderten Situation. Die proletarische Diktatur Englands wird vor allem eine aufrichtige und ehrliche Verständigung mit den bäuerlichen Kolonien suchen müssen. Und wenn dieses Bündnis durch das hohe technische Entwicklungsniveau des Mutterlandes einerseits erleichtert werden wird, so werden ihm andererseits eine Reihe spezifische Schwierigkeiten im Wege stehen, weil die unterdrückten Völker gegen alles, was mit der Wirtschaftsgeschichte Englands zusammenhängt, in durchaus verständlicher Weise und noch auf lange Zeit hinaus Mißtrauen hegen werden. Diese

Schwierigkeiten werden sich nicht mit einem Schlage überwinden lassen, und es bedarf eines festen Glaubens an die schöpferischen Kräfte der proletarischen Revolution auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaues, um angesichts dieser Schwierigkeiten die Frage nach der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in England, noch bevor die Revolution in den anderen Ländern siegt, ohne Zögern, ohne Zweifel und ohne Schwanken zu bejahen. Der Grundgedanke der Rede des Genossen Bell besteht in der Ueberzeugung, daß die proletarische Diktatur in England im Bunde mit der USSR und den bäuerlichen Reserven der ehemaligen Kolonien imstande sein wird, die sozialistische Ordnung aufzurichten. Wie Genosse Bell ganz richtig sagt, ist dieser Gedanke mit der Auffassung der Frage des sozialistischen Aufbaues, wie sie die Opposition vertritt, unvereinbar.

Auch durch Vertreter der zentraleuropäischen Sektionen wurde die Grundkonzeption der Opposition von diesem Standpunkt aus einer scharfen Kritik unterzogen. Genosse Heinz Neumann zitierte den oft angeführten, gegen Lenin gerichteten Artikel des Genossen Trotzki, in dem dieser die Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande zu beweisen sucht, und betonte, daß Trotzki in diesem Artikel davon spricht, daß nicht nur das revolutionäre Rußland keine Aussicht habe, „einem konservativen Europa standzuhalten“, auch das sozialistische Deutschland dürfe nicht hoffen, „in der kapitalistischen Welt isoliert zu bleiben“. Ist dem aber so, gerät auch das sozialistische Deutschland in eine Sackgasse, so ist folglich, nach Auffassung der Opposition, der einzige und ausschließliche Ausweg, der dem internationalen Proletariat offen steht, die gleichzeitige Revolution in allen Ländern.

Darin liegt die Erklärung für die Entschiedenheit und Leidenschaftlichkeit, mit der das Plenum den Standpunkt der Opposition über die Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einzelnen Ländern zurückgewiesen hat. Der Standpunkt des Plenums in dieser Frage hat in der Rede des Genossen Ercoli seinen theoretischen Ausdruck gefunden:

„Der vom Genossen Trotzki vertretene Standpunkt — führte er aus — ist die Theorie der permanenten Revolution. Nach diesem Standpunkt ist der Sowjetunion unvermeidlich das Schicksal beschieden, zu einem bloßen Anhängsel der Weltwirtschaft zu werden, wenn es nicht in nächster Zukunft zu einer Revolution im Westen kommt. Diesen Standpunkt werden wir aufs energischste bekämpfen.“

Besonders schwerwiegendes Material gegen die Opposition wurde aber im Plenum im Zusammenhang mit ihrer Fraktionstätigkeit zutage gefördert, in deren Verlauf sich ihr notorisch üble Elemente zugesellt haben, die Genosse Stalin als den „schmutzigen Schwanz der Opposition“ bezeichnet hat. Zahlreiche Zersetzungserscheinungen innerhalb und selbst außerhalb der Arbeiterbewegung bringen sich in Verbindung oder berufen sich auf die Autorität der Opposition in der KP der Sowjetunion. Darüber berichteten die Vertreter aller KI-Sektionen und bekräftigten diesen Vorwurf durch entsprechendes Tatsachenmaterial.

Die oppositionellen Gruppierungen aller Länder ahmen Plattform und Arbeitsmethoden des russischen Oppositionsblocks nach, seine Fehler bis zum völligen Blödsinn treibend.

„Die Zusammensetzung der Opposition war bei uns — berichtete Genosse Semard — die gleiche, wie auch in der KP der Sowjetunion: rechte Elemente stimmten dauernd mit den Ultralinken ab. Wir hatten hier zweifellos eine koordinierte Fraktionsarbeit

der oppositionellen Elemente verschiedener Länder. Objektiv spielen Jacob und Suzanne Girault der konterrevolutionären Politik Souvarines in die Hand. Dieses aus der Partei hinausgeworfene Individuum, das zynisch und unverhüllt die Konterrevolution unterstützt, gebärdet sich jetzt als Verteidiger Sinowjews und Trotzki's."

Nicht minder deutlich, jedoch in noch bedenklicheren Formen, tritt der innere Zusammenhang der Opposition der KP der Sowjetunion mit den zersetzenden Elementen in der KPD zutage.

„Die Liquidierung der Opposition — führte Genosse Dengel aus — wäre außerordentlich leicht, wenn sie nicht eine Unterstützung von seiten der Opposition in der KPSU erhalten hätte. Die deutsche Opposition fand eine Plattform in der Plattform der Opposition der KPSU und hat die Idee der russischen Opposition zugespitzt. Die russische Opposition hat aber nichts unternommen, um dem unerhörten Verhalten ihrer deutschen Bundesgenossen Einhalt zu tun.“

Das von einer Reihe von Rednern angeführte Tatsachenmaterial bewies, daß in verschiedenen Ländern die Sozialdemokraten den Oppositionsblock nicht nur über den grünen Klee loben, sondern auch sein Auftreten in ihrem Kampf gegen die Kommunisten ausnützen.

„Die unter dem Einfluß des Austromarxismus stehende deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei — führte Genosse Wondratscheck aus — griff die Erklärung der Opposition von der Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaues in der USSR auf. Seht ihr — sagen die Sozialdemokraten den Arbeitern —, wir hatten recht. Das bolschewistische Experiment wird nicht von langer Dauer sein.“

Daß die Opposition Wasser auf die menschewistische Mühle bedeutet, davon sprach auch Genosse Doriot. Bei der Einschätzung der Folgen, die das Auftreten der Vertreter des Oppositionsblocks auf dem Plenum haben wird, weist Genosse Doriot darauf hin, daß Compère-Morel und alle linken französischen Sozialdemokraten, die unter dem Druck der Sympathie, die die Arbeiter der Sowjetunion entgegenbringen, in letzter Zeit gezwungen sind, die Erfolge der sozialistischen Entwicklung in Rußland anzuerkennen, mit Freude die Argumente der Genossen Sinowjew und Trotzki aufgreifen werden. Davon sprachen auch der Vertreter der österreichischen Sektion Genosse Fiola und andere Genossen. Die diesbezüglichen Schlußfolgerungen zusammenfassend, wies Genosse Kuusinen darauf hin, daß

„die Agitation des Oppositionsblocks im Lande selbst heute keine Gefahr mehr bedeutet, jedoch von großem Schaden für die Arbeit unter den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitermassen sein kann.“

Die Lobgesänge der Sozialdemokratie an die Adresse des Oppositionsblocks sind der Anfang des „schmutzigen Schwanzes“. Dieser besteht jedoch nicht aus der Sozialdemokratie allein. Er zieht sich vielmehr weit nach rechts, zu den offenen Feinden der USSR. Der Vertreter der amerikanischen Sektion, Genosse Birsch, wies auf den Verleumdungseifer hin, den jetzt Eastman, hinter der Autorität der Opposition verschantzt, an den Tag legt, derselbe Eastman, von dem öffentlich abzurücken, Genosse Trotzki unlängst für notwendig hielt. Von Eastman zieht sich der Schwanz über die Korsch und Katz bis zu den offenen Faschisten hin. Der Vertreter der italienischen Partei Cavalli führte aus, daß

„die faschistische Presse die Ansichten der russischen Opposition dazu benutzt, um den Einfluß der Oktoberrevolution auf die werktätigen Massen Italiens zu bekämpfen. Das beweist — fügt er hinzu —, daß die Preisgabe der Theorie und Praxis des Leninismus objektiv die Unterstützung unserer Feinde zur Folge hat.“

Wir können hier nicht eingehend bei allen Fragen verweilen, die von den Vertretern der Sektionen, die als Delegierte verschiedener Länder nach Moskau gekommen waren und den Standpunkt ihrer Parteien vertraten, berührt wurden. Wir wollen uns vielmehr mit dem Hinweis begnügen, daß alle Zentralfragen der letzten Diskussion und alle schweren Fehler des Oppositionsblocks (von der falschen Einschätzung der NEP als eines systematischen Rückzuges, der falschen Charakteristik der Staatsbetriebe und der Wirtschaft der USSR überhaupt, der Ueberschätzung der Kulakengefahr, den schweren Fehlern bei der Einschätzung des Charakters der Staatsmacht und den sich daraus ergebenden Redensarten, Andeutungen und halben Andeutungen über die Wandlung der proletarischen Diktatur bis zu Angriffen auf die Partei) — daß alle diese Elemente der oppositionellen Konzeption durch die Vertreter der Sektionen einer theoretischen, sachlichen und unversöhnlichen Kritik unterzogen wurden. Die Opposition, die in ihrem Kampf gegen die Parteibeschlüsse als ihren letzten Trumpf den Vorwurf der „nationalen Beschränktheit“ der KP der Sowjetunion ausspielte, ist auf den internationalen schonungslosen Widerstand gestoßen. Um so mehr ist die Behauptung begründet, daß die Beratungen und die Beschlüsse der 7. Erweiterten Exekutive über die russische Frage einen Sieg des Leninismus in der gesamten Komintern bedeuten.

W. MITZKEWITSCH - KAPSUKAS:

DER FASCHISTISCHE STAATSTREICH IN LITAUEN

Der litauische Faschismus

Litauen ist ein Agrarland. 85,5 Prozent seiner Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Und jene spärliche Industrie, die in Litauen vor dem Kriege vorhanden war, siecht nach dem Wegfall des russischen Marktes dahin und führt eine jämmerliche Existenz. Die neuen Industriezweige, die auf den inneren Markt zugeschnitten sind, entwickeln sich schwach, da die Kaufkraft der werktätigen Massen infolge ihrer Verarmung sehr gering ist.

Als die unabhängige litauische Republik im Entstehen begriffen war, versprachen die litauischen bürgerlichen Patrioten, angefangen von den reaktionären Klerikalen bis zu den menschewistischen Sozialdemokraten, der Bevölkerung goldene Berge. Bald aber stellte sich heraus, daß die Unabhängigkeit Litauens goldene Berge nur einem kleinen Häuflein von Spekulanten und staatlichen Geschäften brachte, die sich an die staatlichen Fleischtöpfe herangemacht hatten, sowie den katholischen Pfaffen und den großgrundbesitzenden Großbauern mit ihren kapitalistischen Wirtschaftsbetrieben. Die Lage der breiten werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen dagegen erwies sich weit schlimmer als in der alten zaristischen Zeit. Das unabhängige bürgerliche Litauen zeigte sich außer-

stande, ihre minimalsten Bedürfnisse zu befriedigen. Die Zahl der Arbeitslosen und jener, die ein halbes Hungerleben führen, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die ganze Last der „Stabilisierung“ wird auch in Litauen auf die Schultern der Arbeiter und der werktätigen Bauern abgewälzt. Das ruft eine stets zunehmende Unzufriedenheit in ihren Reihen hervor. Und die besitzenden Klassen wenden sich dem Faschismus zu, als dem letzten Mittel, mit dessen Hilfe sie sich an der Macht zu halten vermögen.

Die litauische Republik entstand im Zeichen der weitgehendsten bürgerlichen Demokratie. Sogar die offen reaktionären Parteien Litauens, wie z. B. die Christlichen Demokraten, die in Litauen einen sehr großen Einfluß genießen, haben in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Litauens auf Schritt und Tritt in das Geschrei mit eingestimmt, daß Litauen die demokratischste und freieste Republik sei, obwohl die Arbeiter in ihr, sofern sie nicht unter dem Einfluß der Sozialdemokratie standen, nicht einmal das Recht auf Organisierung von Gewerkschaften besaßen. Als aber die breiten werktätigen Massen Litauens unter dem Einfluß schwerer Enttäuschungen begannen, den Christlichen Demokraten den Rücken zuzukehren, und als diese bei den Wahlen im Oktober 1922 die Mehrheit im Sejm verloren, ging die christliche Demokratie vom Demokratismus zum Faschismus über. Das Gelingen des faschistischen Staatsstreichs in Italien beflügelte sie. Sie fand einen Rückhalt in den Großbauernkreisen, die in Litauen eine ziemlich bedeutende Größe darstellen, ferner bei der bürgerlichen Intelligenz, den Offizieren und den katholischen Pfaffen, die die Hauptträger der Ideen der Christlichen Demokraten auf dem flachen Lande sind. Trotzdem die Christlichen Demokraten über keine Mehrheit im Sejm verfügten, bildeten sie die Regierung, die faktisch ohne den Sejm regierte. Mit ihren Stimmen wurde der Präsident der Republik „gewählt“, obwohl er nicht einmal die verfassungsmäßig erforderliche absolute Stimmenmehrheit im Sejm erhielt. Die Propaganda des Faschismus begann sich hemmungslos zu entfalten. Jedoch wagten sie es noch nicht, rein faschistische Regierungsmethoden anzuwenden. Nachdem der Boden entsprechend vorbereitet war, wurde der Sejm aufgelöst und im Mai 1923 wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Diese Wahlen standen im Zeichen des litauischen christlichen Faschismus.

Auf Grund verschiedener Machinationen gelang es den Christlichen Demokraten, nach den Wahlen von 1923 die Mehrheit im Sejm zu erhalten. Dadurch wurden sie der Notwendigkeit enthoben, den Faschismus offen in die Tat umzusetzen. Ihre faschistischen Organisationen aber bestanden nach wie vor als Hilfsorganisationen weiter.

Neben den faschistischen Organisationen der Christlichen Demokraten entstanden jetzt noch faschistische Organisationen der litauischen Nationalisten. Die Partei der Nationalisten, die reaktionärste Partei der litauischen Großbauern und Gutsbesitzer, die weit weniger elastisch als die Partei der Christlichen Demokraten ist und die sich sogar der von den Christlichen Demokraten durchgeführten gestützten Agrarreform gegenüber ablehnend verhielt — erhielt kein einziges Parlamentsmandat. Jedoch stand ihr ein ziemlich bedeutender Teil der nach Ministerposten strebenden bürgerlichen Intellektuellen zur Verfügung, die infolge von Differenzen mit den Christlichen Demokraten ohne Portefeuilles geblieben waren. Das trieb die Nationalisten in die Opposition und machte sie zu offenen Anhängern des Faschis-

mus. Als sich die herrschende Christlich-demokratische Partei in den Augen der breiten werktätigen Massen hinreichend kompromittiert hatte, wollten die Nationalisten mit Smetona und Woldemaras an der Spitze, noch 1925 einen faschistischen Umsturz in Litauen herbeiführen, konnten sich aber dazu nicht entschließen, da sie keinerlei Unterstützung von außenher besaßen.

Im Frühjahr 1925 konnten sich die Christlichen Demokraten nicht mehr länger im unklaren sein darüber, daß die Unzufriedenheit im Lande gegen sie außerordentlich zugenommen hatte und daß sie bei den bevorstehenden Wahlen im Mai 1926 möglicherweise eine Niederlage erleiden würden. Aber schon damals erklärten sie, daß es nicht leicht sein wird, ihnen die Macht zu entwinden. Bald nach den Wahlen, bei denen die Christlichen Demokraten eine schwere Niederlage erlitten, und aus denen die *Volkstümleer**, die sich in der Hauptsache auf die vermögende und die mittlere Bauernschaft stützen, sowie die Sozialdemokratie gestärkt hervorgingen, begannen die Christlichen Demokraten, sich auf den faschistischen Staatsstreich vorzubereiten. Es wurden sogar schon die Führer des Umsturzes vorgesehen — und zwar dieselben Männer, die auch jetzt die Führerrolle spielen. Der Staatsstreich war ursprünglich für Mitte Mai geplant, wurde aber dann auf Ende Mai bzw. Anfang Juni verschoben. Gegen die Faschisten traten in erster Zeit nur die Kommunisten auf, entlarvten ihre Pläne, trieben Propaganda unter den Soldaten usw. Erst kurz vor dem zweiten Termin, als die Faschisten offen ihre Flugblätter, in denen sie mit einer blutigen Abrechnung drohten, verbreiteten, wandten sich auch die *Volkstümleer* und die Sozialdemokraten gegen sie und forderten dazu auf, zur „Verteidigung der Verfassung“ zu den Waffen zu greifen.

Aus den Wahlen gingen die Christlichen Demokraten jedoch derart geschlagen hervor und die Unzufriedenheit mit ihrer Regierung war derart groß, daß sie den Staatsstreich vorübergehend aufschieben und abwarten mußten, bis sich die neue Regierung der *Volkstümleer* und der Sozialdemokraten genügend kompromittiert haben würde und sie sich außerdem die Unterstützung starker imperialistischer Mächte gesichert hatten. Bis dahin mußten sie sich auf die Vorbereitung der künftigen Kämpfe beschränken.

Die *Volkstümleer* und die Sozialdemokraten erwiesen sich gleichfalls außerstande, die ihrerseits gemachten Versprechungen zu erfüllen; unter dem Einfluß der andauernden Wirtschaftskrise und der Mißernte 1926 nahm die Unzufriedenheit unter den Massen wieder stärker zu. Nunmehr schritten die Christlichen Demokraten zur offenen Organisation faschistischer Kampfverbände. Besondere Aufmerksamkeit verwendeten sie auf die Bildung faschistischer Kampforganisationen aus den Reserveoffizieren, aus ehemaligen Freiwilligen der litauischen Armee, Studenten und Mitgliedern der Schützenverbände (Söhne der Großbauern — Angehörige der alten faschistischen Organisation), wobei sie in dieser Beziehung ziemliche Erfolge erzielten.

Parallel mit den Christlichen Demokraten arbeiteten die Nationalisten und zum Teil die Partei der Landwirte, eine kleine Partei, die sich unmittelbar vor den letzten Wahlen zum Sejm infolge einer Abspaltung des rechten Teiles der Partei der Volkstümleer bildete. Die Nationalisten und die Partei

*) Volkstümleer, lit. Laudiniki.

der Landwirte standen bei den letzten Wahlen gleichfalls in Opposition zur herrschenden Partei der Christlichen Demokraten. Ihrer Klassenphysiognomie nach aber stehen diese kleinen Parteien der litauischen Großbauern und Gutsbesitzer den christlichen Demokraten am nächsten; das war denn auch der Grund, warum sie im Sejm, nach einigem Schwanken, mit ihnen einen Block bildeten und in letzter Zeit gleichfalls begannen, entschieden gegen die Regierung der Volkstümmer und der Sozialdemokraten vorzustoßen.

Um ihre Bestrebungen zu verschleiern, begannen die Faschisten (und die Klerikalen, wie die Nationalisten überhaupt) eine verschärfte Hetze gegen die Kommunisten und die Gewerkschaften. Anstatt daß die Führer der Sozialdemokraten und der Volkstümmer nun eine Einheitsfront mit der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft gegen die Großbauern, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten bildeten und einen entschlossenen Kampf gegen den Faschismus führten, kämpften sie tatsächlich weit mehr gegen die Kommunisten und die linken Gewerkschaften, die allein konsequent und bis zum letzten den Faschismus bekämpften. Die Führer der Volkstümmer und der Sozialdemokraten machten nur Lärm über die vom Faschismus drohende Gefahr, redeten sehr viel über Demokratie, Volkswillen und Verfassung, während sich die Faschisten inzwischen organisierten und im entscheidenden Moment ohne jeglichen Widerstand die ganze Regierung verhafteten, die Regierungsgebäude besetzten, den Sejm auflösten, die Regimentskommandeure, die der Regierung der Volkstümmer und der Sozialdemokraten treu geblieben waren, verhafteten und auf diese Weise den Staatsstreich vollzogen.

Die neue Regierung setzt sich ausschließlich aus Faschisten zusammen. Da aber bis jetzt die Christlichen Demokraten im Lande überaus unbeliebt sind, hat man die ausschlaggebenden Ministerposten an die Nationalisten (den Posten des Ministerpräsidenten, des Außenministers, des Innenministers und des Kriegsministers) und ein Ministerium (Landwirtschaft) sogar an die Partei der Landwirte abgetreten. Die Christlichen Demokraten ziehen es vor, durch ihre Diktatoren zu regieren und sich hinter den Nationalisten verborgen zu halten.

Es ist überaus wichtig, hervorzuheben, daß sich die überwiegende Mehrheit der Werktätigen und der armen Bauern, ja sogar der Armee, dem faschistischen Staatsstreich gegenüber ablehnend verhielten. Zur Zeit des Umsturzes war aber die Kommunistische Partei in solchen Umständen, daß sie nicht imstande war, einen Massenwiderstand zu organisieren,* die kleinbürgerlichen Führer der Sozialdemokraten und der Volkstümmer aber waren überhaupt unfähig zu einem solchen Kampfe. In ihrer Mehrheit haben sie sich augenscheinlich bereits mit dem Umsturz abgefunden, sich bereit erklärt, dem Vaterlande „ein Opfer zu bringen“ und den Staatsstreich sogar zu „legalisieren“. Gegenwärtig sind sie mit allen Mitteln, die ihnen die faschistische Diktatur erlaubt, bemüht, die Demokratie und die von den Faschisten wie ein Fetzen Papier zerrissene und mit Füßen getretene „Ver-

* Ueber die Rolle, die die Kommunistische Partei aus Anlaß dieses Staatsstreiches in Litauen gespielt hat, werden wir in der nächsten Nummer der „KI“ in einem Artikel berichten, sobald genügendes Material vorliegt.

fassung“ zu verteidigen. Jedoch werden die Arbeiter- und Bauernmassen schwerlich solchen nichtswürdigen Führern folgen. Diese Massen muß darum die Kommunistische Partei erobern, die sich allein ernsthaft an die Spitze des Kampfes gegen den Faschismus zu setzen vermag.

Der Charakter des Staatsstreichs

Es kann keine zwei Meinungen geben darüber, daß es sich bei dem Staatsstreich in Litauen um einen faschistisch-kapitalistischen Umsturz handelt. Daraus machen sogar die Organisatoren des Staatsstreichs kein Hehl. Im Gegenteil: sie verkünden lärmend auf Schritt und Tritt, daß der Umsturz ausschließlich aus innerpolitischen Gründen erfolgte, nämlich infolge der außerordentlichen Erstarkung des Bolschewismus und der Gewerkschaften in Litauen, infolge der Bedrohung des Privateigentums usw. Die frühere Regierung der Volkstümpler und der Sozialdemokraten habe den Bolschewismus und die Gewerkschaften nicht nur überhand nehmen lassen, sondern sei selbst ihrem Einfluß verfallen. Die Gewerkschaften hätten sich auf die Eroberung der Macht vorbereitet. Wäre aber der Bolschewismus auch nur auf kurze Zeit ans Ruder gelangt, so wäre sofort Polen über Litauen hergefallen und hätte es erdrückt . . . Das habe darum die edlen Patrioten Litauens gezwungen, zur Waffe zu greifen und den Staatsstreich zu vollziehen.

Nun kann aber eine solche Erklärung der Ursachen des Staatsstreichs kaum jemand befriedigen, da ihre Verlogenheit allzu offensichtlich ist. Es ist richtig, daß es der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft Litauens gelungen ist, unter der kleinbürgerlichen Regierung der Volkstümpler und der Sozialdemokraten, die auf Grund der letzten Wahlen zum Sejm im Mai 1926 die reaktionäre klerikale Regierung der („christlich-demokratischen“) Bankiers und Großbauern ablöste, sich gewisse Freiheiten — Versammlungsrecht, Freiheit des Wortes und Koalitionsrecht — zu erobern; es ist richtig, daß sie nahezu eine Vollamnestie für die politischen Gefangenen durchzusetzen vermocht haben. Die Arbeiterklasse atmete freier auf, begann sich in verstärktem Maße gewerkschaftlich zusammenzuschließen, und, obwohl die Sozialdemokratie als Regierungspartei alle möglichen Vorrechte gegenüber der illegalen Kommunistischen Partei genoß, erwies sich dennoch der Einfluß der letzteren in den rein proletarischen Gewerkschaften als der stärkere. Es begann sich eine „linke“ Arbeiterpresse zu entwickeln, zugleich erfaßte eine Streikwelle ganz Litauen. Jedoch hat gegenwärtig niemand an einen unmittelbaren Aufstand und eine Proklamation der Rätemacht in Litauen gedacht. Das wurde wiederholt in verschiedenen Veröffentlichungen der Kommunistischen Partei Litauens zum Ausdruck gebracht. Die Kommunistische Partei erblickte ihre grundlegende Aufgabe in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft, zu welchem Zweck sie sich folgende nächstliegenden Aufgaben stellte: Festigung ihrer Organisationen, Gewinnung der breitesten Arbeitermassen für die Gewerkschaften und aktive Arbeit in diesen, Herstellung der Einheitsfront zum Kampf gegen die klerikale Reaktion und den Faschismus. Kampf um die brennendsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, ferner Kampf gegen die Verwandlung Litauens in eine anglo-polnische Kolonie und Kampf für die Annähe-

nung an die Sowjetunion. Alle diese Losungen wurden verknüpft mit der Hauptlosung — der Arbeiter- und Bauernregierung und der Diktatur des Proletariats; aber die Frage der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in Litauen war weder eine Frage des heutigen, noch des morgigen Tages und konnte es auch nicht sein. Lediglich die Faschisten brauchten das Geschrei über die Vorbereitung der Gewerkschaften zum Aufstand und zur Machteroberung, um die litauischen Bourgeois mit dem Gespenst des bolschewistischen Umsturzes in Angst und Schrecken zu versetzen und ihre eigenen Handlungen sowohl vor dem bürgerlichen Litauen als auch vor dem bürgerlichen Europa zu rechtfertigen; zweitens brauchten sie dieses Geschrei dazu, um auf diese Weise die Möglichkeit zu erhalten, rücksichtslos an der Arbeiterklasse Litauens Vergeltung nehmen zu können: um ihre Organisationen zu zertrümmern, um ihre besten Vertreter zu verhaften, die von ihr eroberten legalen Möglichkeiten abzuschaffen, usw. All das hat die neue faschistische Regierung bereits besorgt. Unter anderem hat sich Woldemaras über die Gewerkschaften geäußert, daß sie „in der bisherigen Form nicht mehr geduldet werden können“; ein Streikverbot ist bereits ergangen. Drittens aber brauchen sie dieses Geschrei, um dadurch die eigentlichen Drahtzieher dieses Staatsstreiches, die hinter dem Rücken der litauischen Faschisten operieren, zu verbergen.

Die frühere Regierung der Volkstümler und der Sozialdemokraten war eine kleinbürgerliche Regierung, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat hin- und herschwankte. Dabei neigte sie sich aber weit mehr auf die Seite der Bourgeoisie, umsomehr, als der Block der Volkstümler und der Sozialdemokraten im Sejm keine Mehrheit besaß und auf Verbündete unter den anderen ausgesprochen bürgerlichen Fraktionen des Sejm angewiesen war. Ursprünglich fand die Regierung der Volkstümler und der Sozialdemokraten die Unterstützung aller Fraktionen des Sejm einschließlich der monarchistischen Nationalisten, jedoch mit Ausnahme des christlich-demokratischen Blocks: sie alle hatte vorübergehend die Feindschaft gegen den früheren herrschenden Block der Christlichen Demokraten geeint. In den letzten Monaten haben die Klasseninteressen der bürgerlichen Parteien (der Nationalisten und der Partei der Landwirte) sowie die Zuspitzung des inneren Kampfes sie gezwungen, ihre Feindschaft gegen die Christlichen Demokraten zu vergessen und mit ihnen einen Block zu bilden. Dadurch konnte sich die Regierung der Volkstümler und der Sozialdemokraten nur noch mit Unterstützung der Fraktionen der nationalen Minderheiten — der Deutschen, der Juden und der Polen halten, die ihrerseits die Interessen der deutschen und jüdischen Großbourgeoisie, der polnischen Großgrundbesitzer in Litauen usw. vertreten. Hier muß noch eingeschaltet werden, daß es auch in der Partei der Volkstümler eine ziemliche Anzahl reicher Bauern und sogar Großbauern gibt, und daß die Spitzen der Partei in der Hauptsache deren Interessen vertreten. Die Volkstümler (anfänglich auch die Sozialdemokraten) haben in der ersten Zeit der Unabhängigkeit Litauens selbst im Laufe mehrerer Jahre mit den Christlichen Demokraten eine Koalitionsregierung gebildet. Wenn man das alles berücksichtigt, so leuchtet es ohne weiteres ein, daß eine Regierung aus Volkstümlern und Sozialdemokraten nicht imstande war, einen wirklichen Kampf gegen die

Bourgeoisie, die Großbauern und die Großgrundbesitzer sowie gegen die klerikal-faschistische Reaktion, die die Interessen dieser Schichten vertrat, zu führen. Unter dem Druck der reaktionären klerikalen Bourgeoisie, die ein immer lauterer Geschrei anstimmte, die Regierung der Volkstümler und der Sozialdemokraten führe das Land dem Bolschewismus entgegen — begann die Regierung sich immer mehr nach rechts zu neigen. Sie erklärte, daß sie gleichzeitig gegen die Faschisten und gegen die Bolschewisten kämpfe, tatsächlich aber kämpfte sie weit mehr gegen die Bolschewisten, obwohl gerade letztere die konsequentesten und entschlossensten Bekämpfer der Faschisten waren. An einigen Orten begann man sogar die unter dem Einfluß der Linken stehenden Gewerkschaften aufzulösen (in Ponewiesch) und die Kommunisten zu verhaften. Die Kommunistische Partei wurde nicht legalisiert, während die Faschisten völlig offen auftreten und ihre Organisationen bilden konnten.

Wenn sich die Regierung der Volkstümler und der Sozialdemokraten zu einigen Konzessionen an die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft hergab, so nur unter dem starken Druck von unten: die Volkstümler und die Sozialdemokraten hatten doch bei den Wahlen nur gesiegt im Zeichen des Kampfes gegen die christlich-demokratische Reaktion, des Kampfes um die Wiederherstellung der von den Christlichen Demokraten mit Füßen getretenen, verfassungsrechtlichen Freiheiten usw. Unter dem Druck von unten war die Regierung der Volkstümler und Sozialdemokraten auch zur Annäherung an die Sowjetunion und zu einem gegenseitigen Garantievertrag mit ihr gezwungen worden.

Dieser Vertrag ist unter den breiten werktätigen Massen Litauens außerordentlich populär, so populär, wie es außerdem nur noch der Haß gegen die polnischen Gutsbesitzer und das „päpstliche“ Polen ist. Dieser Vertrag aber stieß auf außerordentliche Unpopularität unter den litauischen Reaktionären, den Christlichen Demokraten, die bereit waren, die Macht den Volkstümlern und den Sozialdemokraten zu entreißen, sei es auch mit Hilfe Polens, gegen das sie in Worten stets „entschlossen“ gekämpft hatten. Der Garantievertrag zwischen Litauen und der Sowjetunion erwies sich gleichfalls als überaus „unpopulär“ im imperialistischen England, Frankreich und Polen, die ganz andere Pläne in bezug auf Litauen haben. England war, nach den Worten des französischen Blattes „Oeuvre“, derart aufgebracht durch den Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion, daß es Litauen sämtliche Kredite sperrte und seinen Handel in eine schwierige Lage versetzte. Laut Mitteilung des offiziösen Organs der litauischen Faschistenregierung „Lietuva“ haben sich einige Vertreter ausländischer Mächte mit einer Warnung an die frühere Regierung Sijaschewicz wegen der „Litauen drohenden Gefahr des Bolschewismus“ gewandt. Dabei haben diese ausländischen Wohltäter Litauens in den litauischen Faschisten ihre besten Verbündeten gefunden.

Das Organ der litauischen Faschisten brachte am 14. November den Artikel eines Führers der Christlichen Demokraten, der die ganze Politik der Christlichen Demokraten entlarvt und die wirklichen Drahtzieher des Staatsstreichs erkennen läßt. Der Artikel wendet sich in schärfster Weise gegen den Garantievertrag mit der Sowjetunion.

„Es wäre weit gesünder — lesen wir dort —, wenn unsere Regierung das Ruder anstatt nach dem Osten, nach dem Westen herumwerfen und sich jener Gruppe von Staaten anschließen würde, die sich unter der Führung Englands sammelt und Kräfte zusammenfaßt, um das rote bolschewistische Ungeheuer aufs Haupt zu schlagen. (Im Original gesperrt.) Die Engländer bereiten sich zum Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus vor, sie sammeln Kräfte und gruppieren ihre Anhänger um sich... In dem englischen System der Barrieren müssen jene Staaten die erste Kette bilden, die sich von Rußland abgespalten haben und denen eine unmittelbare bolschewistische Gefahr droht, nämlich: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen plus Rumänien und die Türkei; die zentrale Rolle in dieser ersten Kette der Barriere fällt Polen zu, das der Eckpfeiler des Ganzen sein muß. Der Staatsstreich im Mai, der an die Spitze Polens den unbändigen Gegner Rußlands — Pilsudski — gebracht hat, ist nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit England erfolgt.“

Der nüchterne christlich-demokratische Politiker sieht ganz richtig in allen großen Vorgängen der internationalen Politik in letzter Zeit das Bestreben Englands, die Kräfte gegen die Sowjetunion zu sammeln.

„Die wichtigste Aufgabe Englands im gegenwärtigen Moment ist die Aussöhnung der Deutschen mit den Polen und mit den Franzosen. Darf es doch nicht dazu kommen, daß sich die Verbündeten der künftigen Kriege gegen die Sowjetunion untereinander in die Haare geraten, die einen wegen des Danziger Korridors, die anderen wegen des Rheinlandes. Es sind seitens Englands ziemlich ernsthafte Schritte unternommen worden, um auch Litauen in den Kreis seiner Politik zu ziehen, wobei unseren regierenden Kreisen unzweideutig zu verstehen gegeben wurde, daß auf Polen ein entsprechender Druck ausgeübt werden wird, um es zu veranlassen, uns Wilna zurückzugeben. Unsere patentierten und nichtpatentierten Diplomaten aber haben es nicht verstanden, diesen unzweideutigen Vorschlag Englands zu dechiffrieren.“

Der christlich-demokratischen Diplomat fällt über die Regierung der Volkstümler und Sozialdemokraten her, weil sie sich der Sowjetunion annäherte, England durch den Vertrag mit der Sowjetunion vor eine vollendete Tatsache stellte und dadurch die Ungnade Englands über Litauen heraufbeschworen hat.

Das englische offiziöse Organ „Times“ erteilte Litauen in sehr unzweideutiger Weise den Rat, sich möglichst rasch mit Polen zu verständigen, während der „Daily Telegraph“ ganz klar zu verstehen gibt, daß man, falls Litauen nicht zu einer Kompromißformel mit Polen zu gelangen vermag, diese Formel von außen her diktieren wird, ohne damit zu rechnen, ob das den Lebensinteressen des litauischen Staates entspricht oder nicht:

„Litauen mit dem Memeler Hafen wird ein gewöhnliches Kompensationsobjekt werden, mit dem man Polen für Danzig und den polnischen Korridor entschädigt, die an Deutschland zurückgegeben werden.“

Das ist der Hintergrund des litauischen Staatsstreichs: es handelt sich nicht um rein innerpolitische Ursachen, sondern um internationale Beziehungen, die die litauischen Faschisten vorerst noch verbergen, weil das für sie vorteilhafter ist. Ebenso wie der Mai-Staatsstreich in Polen, so ist auch der Dezember-Staatsstreich in Litauen ganz bestimmt „nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit England“ erfolgt. Die litauischen Christlichen Demokraten und ihr faschistischer Generalstab sind nur die Träger der englischen und damit auch der polnischen Politik in Litauen. Das ist der Grund, warum in Warschau die ersten Nachrichten über den Staatsstreich der faschistischen Christlichen

Demokraten in Litauen begrüßt wurden. Erst nachher setzte das alarmierende Geschrei und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein, um auf jeden Fall den Einfall in Litauen vorzubereiten.

Die bürgerliche Presse der verschiedenen Länder hat denn auch den Staatsstreich in Litauen als ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Unternehmen beurteilt. Da aber breite werktätige Massen Litauens für die Annäherung an die Sowjetunion und entschieden gegen die Annäherung an Polen sind, so mußte auch die faschistische Regierung Litauens sich gegen Polen und für die Aufrechterhaltung des Garantievertrages mit der Sowjetunion aussprechen. Durch diesen Umstand war man denn auch gezwungen, an die Spitze der faschistischen Regierung und des Außenministeriums den Nationalisten Woldemaras zu setzen, der als wütender Gegner Polens und Anhänger der Annäherung an die Sowjetunion bekannt ist. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß sich einige Genossen täuschen lassen über das, was eigentlich in Litauen vor sich geht. Sie glauben an die Aufrichtigkeit der Erklärungen Woldemaras' und übersehen völlig die Tatsache, daß vor kurzem noch die Nationalisten wütende Gegner auch der Christlichen Demokraten und ihrer polnischen Politik waren, während sie jetzt mit ihnen gemeinsam den Staatsstreich vollzogen und eine gemeinsame Regierung gebildet haben, in der nur die Christlichen Demokraten, als die größte und einflußreichste Partei, die Hauptrolle spielen können. Die Christlichen Demokraten brauchen Woldemaras und andere Nationalisten nur so lange, als sie ihre Politik durchführen. Und nur die werktätigen Massen Litauens werden imstande sein, die sowjetfeindliche, englisch-polnische Politik der Christlichen Demokraten zu durchkreuzen, wie sie sie schon mehrmals durchkreuzt haben.

Ueber die Innenpolitik bestehen zwischen allen rechten Parteien, die, um die Christlichen Demokraten gruppiert, am Staatsstreich teilgenommen haben und in die neue Regierung eingetreten sind, keinerlei wesentliche Differenzen: sie sind alle Vertreter der litauischen Großbourgeoisie, der Großbauern und der Großgrundbesitzer, und ihre Politik wird sich gegen die Arbeiterschaft und gegen die armen Bauern wenden, bzw. wendet sich jetzt schon gegen sie.

Der in Litauen stattgefundene Staatsstreich ist ein Staatsstreich der Großbauern und der Bourgeoisie, der unter dem Diktat des englischen Imperialismus und des feudalen Polens gemacht wurde, und der sich gegen die Sowjetunion sowie gegen die Arbeiterklasse und gegen die arme Bauernschaft Litauens richtet.

Die neue Regierung hat sich folgende Aufgaben gestellt: „Gesundung des Landes im rein nationalen Geiste, Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“; Säuberung Litauens von „destruktiven Elementen“, d. h. in erster Linie von den Kommunisten und linksstehenden Arbeitern; Verbot von Klassengewerkschaften und von Streiks; „Sanierung“ des Verwaltungsapparates und der Ochrana, d. h. ihre Faschisierung; Ersetzung der Selbstverwaltung durch die Vollmachten der Kreischefs; Erteilung von Krediten an die Geistlichkeit und Erfüllung auch der übrigen Wünsche der Geistlichen, Konkordat mit dem Vatikan; besonders aufmerksames Verhalten

den faschistischen Organisationen gegenüber: dem Schützenverband, dem Freiwilligenverband, dem Verband der Reserveoffiziere, den Pfadfindern und anderen patriotischen Organisationen; Revidierung der Verfassung und andere faschistisch-kapitalistische Maßnahmen.*

Der wahre Charakter der Außenpolitik wird vorläufig durch viele laute, gegen Polen gerichtete Phrasen verhüllt, um die Wachsamkeit der Massen einzuschläfern.

SPEKTATOR:

DIE WELTWIRTSCHAFT IM JAHRE 1926 **

I.

Ehe die Weltwirtschaft des Jahres 1926 charakterisiert wird, müssen folgende Momente festgestellt werden: 1. es ist unzweifelhaft, daß der Zerfall der Weltwirtschaft, der während und nach dem Kriege in Erscheinung getreten war, heute in bedeutendem Maße überwunden ist; die Kreditverhältnisse, die Transportbeziehungen sind wiederhergestellt, auch hat sich in gewissem Maße der Welthandel entwickelt; 2. der Produktionsapparat ist, soweit er unmittelbar durch den Krieg zerstört worden war, fast überall auf die eine oder andere Weise leistungsfähig gemacht und zum Teil durch einige neue Produktionsmittel ersetzt; Ostpreußen, die nördlichen Provinzen Frankreichs und Belgiens sind wiedergestellt; 3. die Produktion nähert sich nicht nur im Weltmaßstabe, sondern auch in den europäischen Ländern im großen und ganzen fast dem Vorkriegsstand, den sie sogar zum Teil übertrifft. Alle diese Momente sind nicht zu bezweifeln. Indessen wird die grundlegende Frage, ob die Nachkriegskrisis von der Weltwirtschaft überwunden ist, durch diese Hinweise durchaus nicht beantwortet. Das Problem der Nachkriegskrisis bestand nicht nur darin, daß die Weltwirtschaft infolge des Krieges auf eine Reihe von Schwierigkeiten bei der Wiederherstellung der Wirtschaft gestoßen ist. Es war dies keine Krisis einer einfachen Unterproduktion, obwohl auch solche Momente, insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren, zu verzeichnen waren; in bedeutendem Maße war es die Krisis einer eigenartigen, ungewöhnlichen Ueberproduktion, wobei die letzteren Momente vorwiegend auf dem Gebiete der Erzeugung von Produktionsmitteln immer mehr in Erscheinung treten. Ohne uns auf die Untersuchung des Problems einzulassen, wo der Produktionsapparat herkommt, über den heute die Weltwirtschaft verfügt, konstatieren wir hier bloß die unbezweifelbare Tatsache, daß heute in einer Reihe von grundlegenden Industriegebieten der Produktionsapparat sich als viel umfassender erwiesen hat, als er vor dem Kriege war. Wir besitzen nicht anzuzweifelnde Angaben darüber, daß der

* Die faschistische Regierung Litauens hat bereits ihr blutiges Gesicht gezeigt. Am Morgen des 27. Dezember, nach der Urteilsfällung des Kriegsgerichts, wurden die vier besten Kommunisten Litauens, die Genossen Karl Poschela, Josef Greifenberg, Kasis Giedris und Rafael Tschorny erschossen. Näheres darüber in der nächsten Nummer. W. M.-K.

** Die Redaktion bringt den an interessantem Material reichen Aufsatz des Genossen Spektator mit dem Vorbehalt, daß einige Thesen des Verfassers über die Frage der Nachkriegskrisis ihr strittig erscheinen.

Produktionsapparat in der Gußeisenindustrie gegenwärtig eine viel größere Erzeugungsfähigkeit besitzt als vor dem Kriege. Die Vereinigung der englischen Gußeisenerzeuger, „British National Federation of Iron and Steel Manufactures“*, definiert die Erzeugungsfähigkeit und die Produktion der wichtigsten Staaten auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlerzeugung folgendermaßen:

	Gußeisen			Stahl		
	Erzeugungsfähigkeit	Produktion		Erzeugungsfähigkeit	Produktion	
		(in Millionen Tonnen)				
	1926	1925	1913	1926	1925	1913
England	12,0	6,2	10,3	12,0	7,4	7,1
Frankreich . . .	11,0	8,4	5,1	9,8	7,3	4,6
Belgien	3,5	2,5	2,4	3,5	2,4	2,4
Luxemburg . . .	2,8	2,3	2,5	2,2	2,1	1,3
Deutschland . . .	15,0	10,0	16,5	17,0	12,0	17,3
U. S. A.	52,7	36,4	31,0	56,0	44,2	31,3
Andere Staaten .	10,0	9,7	10,7	12,0	11,7	11,4
in Summa	107,0	75,5	78,5	112,5	87,1	75,4

Gewiß haben alle solche Berechnungen einen sehr relativen Wert; da wir aber aus verschiedenen Quellen ungefähr die gleichen Angaben betreffs des Unterschiedes zwischen Produktionsfähigkeit und Erzeugung erhalten, so ist anzunehmen, daß diese Angaben den Ausnutzungsgrad der Unternehmungen auf den grundlegenden Volkswirtschaftsgebieten im allgemeinen und ganzen richtig zum Ausdruck bringen. Es ergibt sich, daß die Erzeugungsfähigkeit einer Reihe von Industriegebieten im Vergleich zur Vorkriegszeit, recht bedeutend gewachsen ist, und zwar hauptsächlich in den Ländern, die am Kriege teilgenommen hatten. In den anderen Ländern läßt sich gerade auf diesem Gebiet keine besondere Erweiterung des Apparates feststellen. In Wirklichkeit ist mit einem bedeutenden Anwachsen der Produktionsfähigkeit in den Ueberseeländern zu rechnen, die in einem gewissen Maße die Verminderung der Produktionsfähigkeit in einigen europäischen Ländern wettmachen. Im allgemeinen ergibt es sich, daß die Betriebe im Jahre 1925 in der Gußeisenerzeugung zu 75 Prozent und in der Stahlproduktion zu 77 Prozent ausgenutzt wurden. Die Produktionsleistung der deutschen Unternehmungen betrug 66 Prozent bzw. 70 Prozent, die der englischen 52 Prozent bzw. 62 Prozent. Sogar die französischen und belgischen Unternehmungen, die sich einer besonders guten Konjunktur erfreuten, waren nicht in der Lage, ihre Produktionsfähigkeit voll auszunutzen, und nur die luxemburgischen Betriebe nutzten ihre Produktionsfähigkeit in hohem Maße, bis zu 82 bzw. 90 Prozent, aus. Bezüglich Englands seien noch folgende Angaben angeführt. England besitzt 475 Hochöfen, von denen 366 imstande sind, im Laufe eines Jahres 12 Millionen t zu produzieren. Ihren Höhepunkt erreichte die Erzeugung der englischen Industrie im August 1920, als 303 Hochöfen in Betrieb waren. Seither macht sich in der englischen Industrie eine beständige Produktionsverminderung mit gewissen Schwankungen bemerkbar. Ende April 1926, am Vorabend des Streiks, rauchten 147 Hochöfen, wobei sie zu 54 Prozent beschäftigt waren, während die Stahlindustrie zu 60 Prozent ausgenutzt wurde. Hinsichtlich Deutschlands besitzen wir Angaben aus dem Bericht des Neuen Deutschen Stahltrasts, nach

* Ich führe hier das „Hamburger Fremdenblatt“ vom 8. Oktober 1926 an.

welchem seine Erzeugung im Jahre 1925 in der Kohlenindustrie nur 61 Prozent der Produktionsfähigkeit, in der Kokserzeugung 73,8 Prozent, in der Gußeisenproduktion 52,8 Prozent und in der Stahlproduktion 62 Prozent betrug*. Eben dieser deutsche Stahltrust ist Besitzer des berühmten Alpino-Unternehmens in Oesterreich. Dieses Unternehmen, das Kohlengruben, Koke-reien, Hochöfen und Stahlwerke umfaßt, war im Jahre 1925 imstande, die Kohlengruben zu 96 Prozent, die Koksöfen zu 88 Prozent, die Hochöfen zu 53 Prozent und die Stahlwerke zu 42 Prozent auszunutzen. Es ist daraus zu ersehen, daß im großen und ganzen die Produktion der Betriebe um ein Bedeutendes hinter ihrer Erzeugungsfähigkeit zurückbleibt. Das Gleiche kann in bezug auf die anderen Wirtschaftsgebiete gesagt werden. Wir übergehen mit Schweigen die Zahl der Schiffe, die unausgenutzt bleiben, weil die allgemeine Tonnage der Weltflotte im Vergleich zur Vorkriegszeit angewachsen ist, während der Welthandel sich nur wenig vergrößert hat**, aber ebenso kann die Vergrößerung des Produktionsapparates auch in der Textilindustrie konstatiert werden, wo die Zahl der Spindeln und Webstühle bedeutend gestiegen ist, wobei diese in durchaus ungenügendem Maße arbeiten, und zwar, wie wir sogleich sehen werden, nur während einiger Tage in der Woche.

Von ungeheurer Bedeutung ist ferner die Verlegung des Mittelpunktes der Weltwirtschaft aus Europa nach Amerika, die Industrialisierung der über-seeischen Länder und die damit zusammenhängende Veränderung der S t r u k t u r der Weltwirtschaft. Um diesen Umstand zu beleuchten, bringen wir folgende, vom Völkerbundssekretariat im letzten Memorandum veröffentlichte Angaben. Danach hat sich die Bevölkerung in der ganzen Welt von 1913 bis 1925 um 5 Prozent vermehrt. Die Erzeugung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln stieg, von China abgesehen, um 16—18 Prozent. In Europa, mit Einschluß des asiatischen Teiles der Sowjetunion, hat die Bevölkerung sich um 1 Prozent vermehrt, während die Produktion von Rohstoffen und Nahrungsmitteln dank dem guten Erntejahr 1925 um 4—5 Prozent gestiegen ist. Der Handel Europas ist noch um 10 Prozent u n t e r dem Niveau des Jahres 1913. Die Produktion in Ost- und Mitteleuropa betrug im Jahre 1924 nur $\frac{1}{3}$ der Vorkriegserzeugung, der Handel nur $\frac{2}{3}$ des Vorkriegshandels, und das trotz Vermehrung der Staaten, die am Handel beteiligt sind. Die westeuropäischen Länder zeigen eine Bevölkerungszunahme von 5 Prozent und eine Steigerung der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion um 7 Prozent. Der Handel dieser Staaten hält sich auf dem Niveau des Jahres 1913. Die Bevölkerung Nordamerikas hat seit 1913 ebenso wie die Bevölkerung Südamerikas — fast um $\frac{1}{3}$ zugenommen, während sie in Australien sich um $\frac{1}{6}$ vermehrt hat. Der Handel Nordamerikas und Asiens ist fast um $\frac{1}{3}$ angewachsen, während der Handel Südamerikas und Afrikas keine Steigerung aufweist. Die Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion in Nordamerika und Asien hat um fast $\frac{1}{4}$ zugenommen, während sie in Südamerika und Afrika um $\frac{1}{3}$ gestiegen ist. Es hat, kurz gesagt, das stattgefunden, was man heute die „Enteuropäisierung“ der Weltwirtschaft nennt, d. h. die Verlegung des Mittelpunktes der Wirtschaftsbeziehungen aus dem Atlantischen in den

* Die Produktion der deutschen Maschinenfabriken betrug 50 Prozent, die der Waggonfabriken 25 Prozent, der Farbwerke 50 Prozent, der keramischen Industrie 25 bis 60 Prozent. Aus der Silberbergrede in Dresden.

** Die Zunahme der Tonnage beträgt 32 Prozent, die des Welthandels 5 Prozent.

Stillen Ozean. Das zeigt sich auch darin, daß die Bedeutung Europas im Ueberseehandel zurückgegangen ist und daß der unmittelbare Handelsverkehr zwischen den Ueberseestaaten zugenommen hat, und zwar unter Ausschaltung der Vermittlung der europäischen Länder, die vor dem Kriege bestanden hatte. Dieses Moment, von dem in letzter Zeit so viel die Rede ist, stellt ohne Zweifel auch einen die Entwicklung der europäischen Produktion erschwerenden Faktor dar. Die europäische Industrie sah sich beim neuerlichen Uebergang zur Weltproduktion vor die Tatsache gestellt, daß die Produktion in den Ueberseeeländern gewachsen ist und daß sich zwischen diesen Ländern neue Beziehungen angebahnt haben, so daß die Rolle Europas im Welthandel und in der Weltproduktion nicht nur kleiner geworden ist, sondern sich auch qualitativ geändert hat. Europa ist bereits nicht mehr imstande, aus den außereuropäischen Ländern einen ebenso hohen Gewinn wie vor dem Kriege zu ziehen, weil es einen bedeutenden Teil des dort investierten Kapitals verloren hat. Europa ist zu ihrem Schuldner geworden. Es hat aufgehört, die Rolle eines Vermittlers zwischen diesen Ländern zu spielen, hat zum Teil die Bankbeziehungen zu ihnen eingebüßt und war schließlich genötigt, seine Industrie ihren neuen Bedürfnissen anzupassen, die sich aus den veränderten Produktionsbedingungen in diesen Ländern ergeben.

Als weiterer Faktor der Industriekrisis muß die noch anhaltende Agrarkrisis bezeichnet werden, die in bedeutendem Maße die Kaufkraft sowohl der überseeischen als auch teilweise der europäischen Länder herabgemindert hat. Gewiß spielt schließlich auch eine bedeutende Rolle die allgemeine Verringerung der Kaufkraft in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie in letzter Zeit — infolge der Inflation — auch in den westeuropäischen Staaten.

Daraus erhellt, daß wir bei der Untersuchung der Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1926 verfolgen müssen, in welchem Maße die Beeinflussung der Weltwirtschaft durch diese grundlegenden, von der Nachkriegskrisis hervorgerufenen Momente innerhalb dieses Zeitabschnitts sich abgeschwächt hat. Mit anderen Worten: ob wir irgendwelche Angaben dafür haben, daß die Weltwirtschaft die Krisis zu überwinden beginnt.

Es ist zweifellos richtig, daß es — wie bereits Marx betont hat — *keine permanenten Krisen gibt*. Zweifellos richtig ist es auch, daß eine Krisis gewöhnlich den Ausgangspunkt neuer Vervollkommnungen in der Technik, einer Reorganisation der Produktion und eines neuen industriellen Aufschwunges bildet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in letzter Zeit (zum Teil bereits während des Krieges, hauptsächlich aber in der Nachkriegszeit) bedeutende Verbesserungen zu verzeichnen sind. Die Frage besteht aber gerade darin, in welchem Maße diese technischen Verbesserungen in der gegenwärtigen Wirtschaft Anwendung finden. Marx bemerkt, daß die Krisen dann zu Triebkräften einer Hebung der Technik werden, wenn ein Konkurrenzkampf besteht, der die Veranlassung dazu gibt,

„die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch die neuen zu ersetzen“.

Aber gerade dieser Konkurrenzkampf fehlt gegenwärtig. An seiner Statt entstanden ungeheure monopolistische Organi-

sationen, die den Konkurrenzkampf ausschließen. Gegenwärtig ist viel stärker diejenige Triebkraft wirksam, die von Marx folgendermaßen bezeichnet wird:

„Einerseits bildet die Masse des fixen Kapitals, die in einer bestimmten Naturalform angelegt ist, . . . einen Grund der nur allmählichen Einführung neuer Maschinen usw., und daher ein Hindernis gegen die rasche allgemeine Einführung der verbesserten Arbeitsmittel. („Kapital“, B. 2, Ausg. 1919, S. 141.)

Eben dieser Umstand — das riesige Wachstum des fixen Kapitals während des Krieges und teilweise nach dem Kriege — erschwert die Erneuerung der Produktionsmittel und gleichzeitig die Schaffung der Grundlage für eine neue Belegung der Produktion. Denn ein neuer industrieller Zyklus beginnt, wie Marx einige Seiten nachher bemerkt:

„in demselben Maße . . ., worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals entwickelt“ (S. 156.)

Ohne eine solche Erneuerung des fixen Kapitals ist ein neuer industrieller Aufschwung nur in dem Falle denkbar, daß sich für Gegenstände des persönlichen Bedarfs ausgedehnte neue Märkte auftun. Unsere Aufgabe besteht folglich darin, festzustellen, ob solche neue Märkte für Gegenstände des persönlichen Bedarfs vorhanden sind oder ob die Hindernisse überwunden sind, die den Uebergang zur Reorganisation der Produktionsmittel, zur Erneuerung des fixen Kapitals erschweren.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Kern der Nachkriegskrisis in einer Krisis der Erzeugung von Produktionsmitteln nicht aber der Erzeugung von Konsumtionsmitteln besteht. Um dies festzustellen, genügt es, auf folgende Tatsache hinzuweisen: die Preise für Produktionsmittel halten sich bedeutend unter dem allgemeinen Preisniveau und unter den Preisen für Konsumtionsmittel. Wir können beispielsweise in England folgende Erscheinung feststellen: die Preise für Baumwollstoffe standen am 1. Februar 1926 auf dem Niveau 223 im Vergleich zum mittleren Stand (gleich 100) im Zeitraum 1901 bis 1905, während die Preise für Stahlschienen diesen Stand nur um 33 Prozent überstiegen. Ebenso leicht ist es, zu zeigen, daß in Deutschland z. B. der Baumwollkonsum annähernd um 18 Prozent niedriger als der Vorkriegsverbrauch ist, während der Gußeisenverbrauch im Jahre 1925 59 Prozent und der Stahlverbrauch im ganzen 73 Prozent betrug*. Es unterliegt auf diese Weise keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Krisis sich als Produktionsmittelkrisis darstellt, die in bedeutend höherem Maße in Erscheinung tritt als die Produktionskrisis auf dem Gebiete der Gegenstände des persönlichen Bedarfs. Deshalb kann der Ausweg aus dieser Krisis nur in der grundlegenden Erneuerung des fixen Kapitals bestehen oder in einer dermaßen starken Ausdehnung des Absatzmarktes für Gegenstände des persönlichen Gebrauchs, daß damit die Möglichkeit gegeben wäre, den vorhandenen Produktionsapparat nicht nur auszunutzen, sondern auch zu erweitern oder zu erneuern. Nur in diesem Falle könnte die Krisis überwunden werden.

Indem wir jetzt zur Charakterisierung der Weltwirtschaftslage im Jahre

* Der Welthandel mit Textilrohmaterial im Jahre 1924 war dem Werte nach um 10 Prozent größer als 1913, der Handel mit Metallen um 58 Prozent kleiner als 1913.

1926 übergehen, müssen wir folgende zwei Erscheinungen vermerken. — Vor allem war die Ernte 1925 in Europa sehr gut, wodurch die Kaufkraft der Bevölkerung in bedeutendem Maße gehoben wurde und die Möglichkeit geboten wurde, die Erzeugung von Gegenständen des persönlichen Bedarfs zu erweitern; teilweise wurde dadurch die Akkumulation des Kapitals und zugleich eine gewisse Belebung in der Erzeugung von Produktionsmitteln gefördert. Außerdem führte Amerika nach Europa ein bedeutendes Kapital aus, indem es Europa hohe Kredite zur Verfügung stellte, die im Jahre 1925 405 Millionen Dollar und in den ersten 9 Monaten d. J. 104,65 Millionen Dollar betragen. Diese Momente erleichterten Europa zweifellos die Ueberwindung der schweren Krise, in der sich seine Industrie im Laufe des Jahres 1925 befunden hatte. Seit dem ersten Quartal des Jahres 1926 macht sich ein gewisser Umschwung bemerkbar, jedenfalls tritt keine Verschlimmerung mehr ein; da zudem im zweiten Quartal — seit dem Mai — der englische Bergarbeiterstreik einsetzt, bessert sich die Lage der kontinentalen europäischen Industrie unter dem Einfluß dieses Faktors bedeutend. Als weiteres Moment, das auf die Wirtschaftsentwicklung dieses Zeitraumes einwirkt, dient die starke Ermäßigung der Rohbaumwollpreise unter dem Einfluß der gesteigerten Ernte, da die Ermäßigung der Rohbaumwollpreise eine bedeutende Erleichterung für die Baumwollindustrie Europas darstellt. Daraus ergibt sich bis zu einem bestimmten Grade eine gewisse (sehr wahrscheinlich nur zeitweilige) Besserung, die im Herbst d. J. in der Textilindustrie festzustellen ist. Es kann also gesagt werden, daß die Weltwirtschaft im laufenden Jahre in zwei Zeitabschnitte zerfällt. In der ersten Periode haben wir in Europa eine langwierige Krisis, die jedoch nicht so zugespitzt ist wie im Jahre 1925. In der zweiten Periode führt diese Krisis zu einem starken sozialen Zusammenstoß, zur Stilllegung der Produktion in England, und gleichzeitig zu einer Besserung der Lage im kontinentalen Europa. Was die Uebersee betrifft, so hält sich die Produktion in den Vereinigten Staaten die ganze Zeit auf einer sehr bedeutenden Höhe; die anfangs erwartete Kisis blieb aus, teils unter dem Einfluß des englischen Streiks, teils dank der Lage der Landwirtschaft. In Japan zeigt sich eine sogar erweiterte Reproduktion auf dem Gebiete der Erzeugung von Produktionsmitteln, während in den landwirtschaftlichen überseeischen Ländern unter dem Einfluß der verminderten europäischen Nachfrage nach Landwirtschaftsprodukten und Rohstoffen Krisis und Stagnation andauern, und zwar nicht nur in der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch auf den Industriegebieten, die nach dem Kriege sich zu entwickeln begonnen hatten. Diese Industriebetriebe spüren unzweifelhaft die Zunahme der europäischen Konkurrenz, die sich unter dem Einfluß der starken europäischen Industriekrisis im Laufe des Jahres 1925 und zu Beginn des Jahres 1926 besonders verschärfte.

Einen weiteren Faktor, der die Weltwirtschaft in diesem Jahre beeinflusste, bildet die Bewegung zur Kartell- und Trustbildung in nationalem und internationalem Maßstab, eine Bewegung, die besonders stark im Laufe dieses Jahres in Erscheinung trat. Diese Konzentrationsbewegung ruft gewöhnlich vor ihrer Verwirklichung einen äußerst verschärften Kampf um die Märkte hervor, wobei es sich um die Erlangung eines bestimmten Anteils innerhalb der künftigen Vereinigung handelt. Gleichzeitig begünstigt dieser

Kampf die Steigerung der Ausfuhr und Produktion in der Industrie dieser Länder. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ die deutsche Konjunktur eine „subsidierte“ genannt hat, so trifft dies in noch höherem Grade für die Industrie aller anderen Länder zu, die sich dank einer Reihe von zufälligen Umständen ein wenig belebt hat.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen ist es möglich, zur eingehenden Untersuchung der einzelnen Volkswirtschaftszweige und zur Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern überzugehen.

II.

Vor allem muß die Frage beantwortet werden, ob eine erweiterte Reproduktion überhaupt und eine erweiterte Reproduktion der Produktionsmittel im einzelnen stattfindet. Wird die Produktion des Jahres 1926 von diesem Standpunkt aus betrachtet, dann ist es möglich, im Weltmaßstab eine gewisse Zunahme der Aussaatfläche des Basisgetreides in denjenigen Ländern festzustellen, über die Angaben zu erhalten waren. Nach dem Oktoberbericht des Römischen Landwirtschaftlichen Instituts ist die Aussaatfläche der vier Basisgetreidearten im Weltmaßstab — die Sowjetunion nicht mit eingerechnet — im Vergleich zu 1925 von 157,7 auf 160,1 Millionen Acres angewachsen. Außerdem zeigt die Aussaatfläche für Kartoffeln eine kleine Zunahme von 6,1 auf 6,2 Millionen Acres. Die Aussaatfläche für Zuckerrüben blieb unverändert, und die Aussaatfläche für Mais ist etwas zurückgegangen — von 48,9 auf 48,6 Millionen Acres. Hinsichtlich der technischen Kulturen hat sich nur die Aussaatfläche für Baumwolle vergrößert, und auch das nur vorwiegend in der Sowjetunion, wobei noch Angaben über die indische Aussaatfläche für Baumwolle fehlen. Rechnet man diese bedeutend zurückgegangene Aussaatfläche hinzu, dann ergibt sich, daß die gesamte Aussaatfläche für Baumwolle sich vermindert hat. Die Aussaatfläche für Flachs, Baumwolle und andere technische Kulturen ist wahrscheinlich etwas zurückgegangen. Da diese Angaben nicht alle landwirtschaftlichen Kulturen umfassen, so ist anzunehmen, daß die Frage nach der Erweiterung der Aussaatfläche nicht genau beantwortet werden kann. Daß die Angaben über eine Erweiterung der Getreideflächen noch nichts über die Ausdehnung der Aussaatflächen überhaupt aussagen, wird durch eingehendere Angaben über die Aussaatflächen in Deutschland bewiesen. Danach ergeben alle verschiedenen Arten der landwirtschaftlichen Kulturen für das Jahr 1926 die gleiche Aussaatfläche wie im Jahre 1925, obwohl die Aussaatfläche für Getreide eine gewisse Erweiterung aufweist. Verglichen mit dem Jahre 1913 ist die Aussaatfläche in Deutschland noch etwas kleiner, und zwar um 2,4 Prozent. Was die Getreideernte betrifft, so beträgt nach Angaben desselben Instituts die Weizenernte von 35 Ländern in diesem Jahr 803,5 Millionen Quintal, gegen 802,7 Millionen Quintal (zu 100 kg) im Vorjahre, wobei sich im letzten Jahre in Europa eine bedeutende Verminderung der Weizenernte bemerkbar macht, und zwar von 377,7 Millionen Quintal auf 335,5 Millionen Quintal. Es muß indessen gesagt werden, daß die Ernte 1925 eine unzweifelhaft gute gewesen ist; im Vergleich zur mittleren Ernte des Zeitraumes 1920—24 war diese Ernte noch etwas höher, und zwar um 41 Millionen Quintal. Die Roggenernte von 23 europäischen Staaten und von

Nordamerika zeigt eine bedeutende Verminderung — von 251 auf 215 Millionen Quintal, wobei diese Abnahme vorwiegend auf Europa entfällt, wo die Ernte 34 Millionen Quintal betrug. Die Gerstenernte ergibt eine Abnahme von 14 Millionen Quintal — und zwar von 263 auf 249,2 Millionen Quintal. In diesem Falle haben wir eine gewisse Steigerung der Gerstenernte in Europa — von 140,4 auf 142,8 Millionen Quintal. Die Haferernte von 31 Ländern erweist einen Rückgang von 16,6 Millionen Quintal, und zwar von 536,7 auf 520,1 Millionen Quintal. Hierbei sehen wir eine Steigerung der Ernte in Europa von 235 auf 261 Millionen Quintal. Die Kartoffelernte zeigt einen noch stärkeren Rückgang, und zwar von 691,6 auf 612,8 Millionen Quintal, wobei sie allem Anschein nach im Jahre 1926 noch unter der mittleren Ernte des Jahrfünfts vor dem Kriege steht, die 618,6 Millionen Quintal betrug. Rechnet man die Ernte aller vier Basisgetreidearten zusammen, so zeigt sich in diesem Jahre ein Gesamtrückgang der Ernte von 1876,6 auf 1787,9 Millionen Quintal. Also ist in diesem Jahre auf landwirtschaftlichem Gebiet keine Produktionserweiterung wahrzunehmen. Wird nun noch hinzugefügt, daß die Bewegung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine sinkende Tendenz aufweist, so muß angenommen werden, daß die auch im Vorjahre noch nicht überwundene landwirtschaftliche Krisis sich in diesem Jahre etwas verschärfen wird. Anfang 1926 betrug die Kaufkraft des Farmerdollars in Amerika im ganzen 87 Prozent der Vorkriegskaufkraft. Auf dieser Höhe hielt sie sich ungefähr bis zum Juni. Im August und September sank sie auf 83 Prozent. Zu dieser Zeit brach die Baumwollkrisis aus. Die Baumwollernte wird auf 17½ Millionen Ballen geschätzt. Die Erntezunahme beträgt ungefähr 8 Prozent, während die Baumwollpreise fast um 45 Prozent zurückgegangen sind. Dies verschlimmert die allgemeine Lage der Baumwollpflanze und verschärft die landwirtschaftliche Krisis, obwohl es andererseits unzweifelhaft ist, daß eben dadurch die Lage der europäischen Textilindustrie verbessert wird, die billigere Rohbaumwolle erhält.

Gehen wir nun daran, die Entwicklung der Industrie in diesem Jahre zu untersuchen. Es muß vor allem im Auge behalten werden, daß jede wirkliche, durch die Verbesserung der Technik hervorgerufene Produktionserweiterung von einer ständigen Vermehrung der beschäftigten Arbeiter und meistens auch von einer Vermehrung der Betriebe begleitet ist. Das läßt sich durch das Beispiel der Entwicklung Deutschlands und Amerikas vor dem Kriege erhärten. In Deutschland z. B. hatten wir vor dem Kriege eine schnelle Entfaltung der Roheisenindustrie. Dabei wächst natürlich auch der technische Fortschritt. Wir sehen z. B., daß Mitte der achtziger Jahre die aus einem Ofen erhaltene Tonnenzahl von 1881 bis 1891 um 83 Prozent, im folgenden Jahrzehnt — bis 1901 — um 41 Prozent und bis 1910 um 62,9 Prozent steigt. Ebenso wächst die Ausschmelzung pro Kopf des beschäftigten Arbeiters sehr bedeutend; sie steigert sich in den achtziger Jahren um 37,5 Prozent, in den neunziger Jahren um 31 Prozent und im Jahre 1900 um 32 Prozent. Gleichzeitig ergibt sich in jenen Jahren, als die Industrie sich rasch zu entwickeln beginnt, z. B. von 1894 bis 1910, eine Zunahme nicht nur der Zahl der in Betrieb befindlichen Hochöfen, sondern auch der Gesamtzahl der vorhandenen Hochöfen. So steigt die Zahl der Hochöfen von 258 im Jahre 1894 auf 300 im Jahre 1901. Dieses Jahr

war bekanntlich ein Krisenjahr, und damals ging die Zahl der Hochöfen auf 289 zurück, aber bereits im folgenden Jahr, als sich aufs neue eine Belebung der Industrie bemerkbar machte, stieg die Zahl der Hochöfen auf 293 und wuchs bis 347 an, so daß sie bereits die Höchstzahl der Hochöfen überschritt, die in Deutschland seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vorhanden waren. Dabei sinkt die Zahl der *i n B e t r i e b b e f i n d l i c h e n* Hochöfen während der Jahre des industriellen Aufschwungs niemals unter 83 Prozent, während sie in vielen Fällen auf 90 Prozent aller vorhandenen Oefen ansteigt. In Amerika ist ein noch schärfer ausgeprägter Entwicklungsprozeß der Produktionskräfte festzustellen. Von 1903 bis 1904 stieg die Ausschmelzung von Gußeisen, auf einen Hochofen gerechnet, um ein Bedeutendes, während die Zahl der Hochöfen zurückging. Aber bereits im Jahre 1905 nimmt die Durchschnittszahl der Hochöfen rasch zu und übertrifft im Jahre 1906 die Zahl, die 1903 in Tätigkeit war. Ebenso vermindert sich nur im Krisenjahr 1908 die Zahl der Hochöfen sehr bedeutend, um die Hälfte, aber bereits im Jahre 1909, als sich eine gewisse Belebung anzeigt, nimmt die Zahl der Hochöfen zu, und im Jahre 1910 erreicht sie fast die gleiche Menge wie im Jahre 1907 usw. Es ist unbezweifelbar, daß auf die erweiterte Reproduktion eine Erweiterung des Produktionsapparates folgt, wenn auch nicht in paralleler Richtung. Es kann ebenso z. B. in Deutschland beobachtet werden, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter während der Krisis selbstredend zurückgeht, daß dieser Rückgang aber von sehr kurzer Dauer ist. So verringerte sich beispielsweise während der Krisis im Jahre 1900 in Deutschland die Zahl der an den Hochöfen beschäftigten Arbeiter von 34 743 Mann im Jahre 1900 auf 32 367 Mann im Jahre 1901, aber bereits im folgenden Jahre zeigt sich eine gewisse kleine Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter; im Jahre 1903 übersteigt die Zahl der Arbeiter diejenige von 1901 und beträgt 35 361 Mann, im Jahre 1905 beläuft sie sich auf 38 458 Mann und erreicht im Jahre 1907 ihren Höhepunkt mit 45 201 Mann. In den Jahren 1908—1909 geht diese Zahl wieder zurück und beträgt 1909 42 227 Mann, im Jahre 1910 beträgt die Zahl der beschäftigten Arbeiter wieder 45 324, d. h. mehr als in den Jahren der höchsten industriellen Entwicklung des früheren Zyklus bis zum Jahre 1907. Also verläuft die erweiterte Reproduktion in vollkommener Uebereinstimmung mit dem von M a r x aufgestellten Schema, nach welchem die erweiterte Reproduktion in der Industrie eine absolute Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter hervorruft.

Was sehen wir jedoch gegenwärtig? Wohl bemerken wir in der Kohlenindustrie eine bedeutende Zunahme der Produktion; so haben wir z. B. in Deutschland im 3. Quartal des laufenden Jahres dank dem englischen Streik eine bedeutend gesteigerte Ausbeute an Stein- und Braunkohle; sie übertrifft die entsprechende Ausbeute im 2. Quartal dieses Jahres, und zwar in der Steinkohlenindustrie um 19,3 Prozent und in der Braunkohlenerzeugung um 10,8 Prozent. Im Vergleich zum 3. Quartal des Vorjahres betragen die entsprechenden Ziffern 15,4 Prozent in bezug auf die Steinkohlenindustrie, während die Braunkohlengewinnung einen Rückgang von 2,1 Prozent aufweist. Im Vergleich zu 1913 zeigt die Steinkohlenindustrie eine Steigerung um 10,4 Prozent, die Braunkohlenerzeugung eine solche von 58,3 Prozent, die Koksgewinnung übersteigt im 3. Quartal um 7,8 Prozent die Erzeugung

im 2. Quartal des Jahres 1926, aber sie ist etwas niedriger als die Produktion im 3. Quartal 1925 und beträgt im ganzen 80 Prozent der Produktion im Jahre 1913. Wie wir ferner sehen, war die Entwicklung der Kohlenindustrie in Deutschland, wie in allen anderen Ländern auch, hauptsächlich durch den englischen Streik beschleunigt worden. Die Kohlenausfuhr aus Deutschland steigerte sich im 3. Quartal des laufenden Jahres um mehr als das Doppelte, und im Vergleich zum 2. Quartal desselben Jahres um $3\frac{1}{2}$ mal. Durchschnittlich überstieg die Kohlenausfuhr im 3. Quartal 1925 sogar um 31 Prozent den Kohlenexport im Jahre 1913. Die Kohlenausfuhr war gleichfalls sehr bedeutend und übertraf um 83 Prozent die Ausfuhr im 2. Quartal und um 66 Prozent die Ausfuhr im 3. Quartal, sowie um 22 Prozent den Vorkriegsexport. Zieht man in Betracht daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Ruhrbezirk im ganzen um 5 Prozent im Vergleich zum 2. Quartal gestiegen ist, und daß sie im Vergleich zum 3. Quartal 1925 sogar um 6,6 Prozent zurückgegangen ist, so tritt die Zunahme der Arbeitsproduktivität in der Kohlenindustrie klar zutage. Gleichzeitig jedoch muß festgestellt werden, daß eine Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht stattfindet. Hinsichtlich der Kohlenindustrie besitzen wir noch folgende Angaben. Seit Oktober 1925 bis Ende Juni 1926 sind nicht mehr und nicht weniger als 86 Schächte stillgelegt worden, wobei manche von ihnen recht bedeutend und neu waren. So gehörten beispielsweise Schächte dazu, in denen früher je 3000 Mann und darüber beschäftigt waren. Das bedeutet, daß kein Erweiterungsprozeß des Produktionsapparates stattfindet, sondern seine Verengung oder die Konzentration der Produktion auf die besten Gruben, woraus sich auch ergibt, daß im Durchschnitt die Arbeitsproduktivität bedeutend gewachsen ist, weil diejenigen Gruben, in denen die Arbeitsproduktivität sehr schwach war, außer Betrieb gesetzt wurden. Es versteht sich von selbst, daß auch in der Tat die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, und das dank gewissen Realisierungsmomenten, von denen noch die Rede sein wird.

Dasselbe Bild sehen wir auch in der Eisenproduktion. Wenn sonst die Zahl der Hochöfen zunimmt, so ist jetzt eine starke Einschränkung der Zahl der in Tätigkeit befindlichen Hochöfen zu bemerken. In Deutschland befanden sich im März von der Gesamtzahl der vorhandenen Hochöfen (208) nur 79, d. i. ungefähr 38 Prozent in Betrieb. Erst in den letzten Monaten stieg die Zahl der Hochöfen in Betrieb unter dem Einfluß des englischen Streiks auf 90 (im September). Bisher hatte die deutsche Industriegeschichte einen so niedrigen Ausnutzungssatz des Produktionsapparates nicht gekannt. Dasselbe kann in bezug auf England und andere Länder gesagt werden; bloß in Frankreich, Belgien und Luxemburg ist das Mißverhältnis zwischen der Zahl der in Tätigkeit befindlichen Hochöfen und der Zahl der wirklich vorhandenen Hochöfen nicht so groß. Frankreich verfügt über 217 Hochöfen, davon waren im Mai 147 Oefen und im August 153 Oefen in Tätigkeit. In den Vereinigten Staaten gab es Anfang dieses Jahres im ganzen 378 Hochöfen; davon verblieben im Juli nach Abtragung von 9 Oefen noch 369, von denen im August nur 215 in Tätigkeit waren, während bei Jahresbeginn 233 Hochöfen brannten. Indessen zeigt sich sowohl in Amerika als auch in

Europa eine bedeutende Erweiterung der Gußeisenproduktion, d. h. eine bessere Ausnutzung der in Betrieb verbliebenen Hochöfen. Jedenfalls haben wir in Deutschland keine Erweiterung des Produktionsapparates, sondern bloß eine starke Steigerung der Gußeisen- und Stahlerzeugung. Im 3. Quartal beträgt diese Steigerung im Vergleich zum 2. Quartal 17,6 Prozent und 19,7 Prozent und im Vergleich zum Vorjahr 4,7 Prozent und 21,4 Prozent. Dabei übersteigt die Stahlerzeugung das Vorkriegsniveau um fast 12 Prozent, während die Ausschmelzung des Gußeisens noch um 8,5 Prozent unter der Vorkriegshöhe bleibt.

Die gleiche Einschränkung des Produktionsapparates ist in der Gewinnung von Kalisalzen zu bemerken. In Deutschland zählt man im ganzen 224 Kaligruben; von ihnen haben bis zum Jahre 1925 118 den Betrieb eingestellt. Indessen bleibt die gewonnene Kalimenge fast unverändert und ist sogar etwas größer als im Jahre 1913 (12,3 Millionen im Jahre 1925 gegen 11,1 Millionen im Jahre 1913). Mit einem Wort: wir sehen auch auf industriellem Gebiet keine Erweiterung des Produktionsapparates. Leider besitzen wir keine ausführlichen Angaben über die Lage der verarbeitenden Industrie, aber aus allem dem, was wir aus der Literatur von der Tätigkeit der zahlreichen Konzerne wissen, die sich in letzter Zeit herausgebildet haben, kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß das Ziel dieser Vereinigungen darin besteht, vor allem die Zahl der Unternehmungen einzuschränken, die diese oder jene Produkte fertigtellen und die gesamte Produktion in weniger, jedoch rationeller arbeitende Einheiten zu konzentrieren. Zweifellos stellt eine solche Konzentrierung der Produktion einen gewissen Fortschritt in der Gesamtentwicklung der Industrie dar, aber ebenso zweifellos kann dieser Vorgang nicht als Prozeß der erweiterten Reproduktion in großem Maßstabe gelten und kann also nicht die Grundlage für einen neuen industriellen Aufschwung bilden.

Marx weist bei der Behandlung der erweiterten Reproduktion an einer Stelle darauf hin, daß eine gewisse erweiterte Reproduktion stattfinden kann, wenn der alljährlich freiwerdende Teil des fixen Kapitals abermals in der Produktion angelegt wird zur Erweiterung nicht des Produktionsapparates, sondern des Produktionsprozesses selbst. Eben dieses Letztere findet gegenwärtig statt. Der Produktionsprozeß also solcher erweitert sich, ohne daß der Produktionsapparat sich erweitert.

Hätten wir in der Tat eine Erweiterung des Produktionsapparates, dann wäre es unbegreiflich, warum bis heute die allgemeine Wirtschaftslage nicht nur in Deutschland, sondern sogar in den Vereinigten Staaten derartig schwankend, unsicher, ungefestigt ist. In Deutschland hat die Kohlen- und Eisenausfuhr nach England die Unternehmer außerordentlich bereichert, so daß sie, wie gerüchtweise verlautet, ihr ganzes im Bergbau angelegtes Kapital während einiger Monate wieder herausgeschlagen haben; doch hat diese Ausfuhr zu keiner allgemeinen Besserung in der deutschen Industrie geführt, und die Gesamtlage des Maschinenbaues und anderer Zweige der Eisenindustrie war sehr schwierig. Noch im August und September klagten die Unternehmer über die schwere Lage ihrer Industriezweige, über Mangel an Aufträgen usw. Ebenso bemerken wir auch in Amerika seit Anfang dieses Jahres einen beständigen Rückgang von neuen Aufträgen im Stahltrust; die Zahl der Bestellungen betrug im Januar dieses Jahres 83 Prozent

der entsprechenden Ziffer im Jahre 1913 und sank im Juni auf 59 Prozent. In den letzten Monaten weist diese Zahl eine gewisse Steigerung auf, und zwar wiederum unter dem Einfluß des englischen Streiks sowie teilweise infolge der neuerwachten Bautätigkeit. In diesem Jahr zeigt sich in Amerika eine gewisse Belebung der Bautätigkeit sogar innerhalb der Industrie. Sie wächst relativ schneller als andere Zweige des Baugewerbes, obwohl sie im Vergleich zur allgemeinen Bautätigkeit dennoch eine unbedeutende Größe darstellt*.

Untersuchen wir nun die Entwicklung der Hauptzweige der Volkswirtschaft im laufenden Jahre. Die durchschnittliche monatliche Kohlenausbeute betrug in den bedeutendsten Ländern:

	England	Belgien	Tschecho- slowakei	Frank- reich	Deutschland	Polen	USA
	(in Millionen Metertonnen)						
1913	24,3	1,9	1,2	3,4	15,8	0,7	43,1
1925	20,7	1,9	1,1	5,1	11,1	2,4	44,2
1926	21,9	2,0	1,2	5,4	11,2	2,4	48,8
Januar	—	—	—	—	—	—	—
Februar . . .	21,7	1,9	1,0	5,2	10,6	2,1	44,1
März	24,2	2,1	1,1	5,8	11,4	2,3	49,8
April	21,9	2,0	0,9	5,3	10,1	2,2	43,8
Mai	—	1,8	0,9	5,0	10,7	2,2	42,7
Juni	—	2,1	1,0	5,5	11,8	1,9	46,2
Juli	—	2,1	1,0	5,6	13,1	2,6	47,1
August	—	2,1	1,0	4,4	12,9	2,1	49,5
September . .	—	2,1	1,3	—	—	—	—

Aus diesen Angaben ist zu ersehen, daß die Zunahme der Kohlenausbeute in den anderen Ländern noch lange nicht den Ausfall infolge des englischen Streiks wettgemacht hat**. Dafür hat sich die Kohlenausfuhr aus den anderen Ländern nach England bedeutend belebt und betrug z. B. für Deutschland in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 13 Millionen Tonnen und für den gleichen Zeitraum des laufenden Jahres 24,7 Millionen Tonnen; andererseits ist die Kohleneinfuhr nach Deutschland von 5,97 auf 2,58 Millionen Tonnen, d. h. um mehr als 3 Millionen Tonnen gesunken, so daß die Kohlenhandelsbilanz Deutschlands um 15 Millionen Tonnen gestiegen ist. Bei einer eingehenderen Betrachtung der deutschen Ausfuhr nach einzelnen Richtungen macht es sich bemerkbar, daß der Export nach den skandinavischen Staaten mit Einschluß Finnlands auf das Doppelte gestiegen ist — von 592 000 Tonnen auf 1 081 000 Tonnen; während Deutschland im Vorjahre eine erhebliche Kohlenmenge aus England eingeführt hat, exportierte es in diesem Jahre dorthin 1 121 000 Tonnen und außerdem noch nach Irland 83 000 Tonnen. Außerdem exportierte es noch

* Die Bautätigkeit in den Vereinigten Staaten betrug in 8 Monaten des Jahres 1926 insgesamt 4065,3 Millionen Dollar, die industrielle Bautätigkeit dagegen 444,8 Millionen Dollar oder 10,9 Prozent der Gesamtzahl, während sie im Jahre 1920 23,8 Prozent ausmachte.

** Dafür aber sind die Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse erheblich gestiegen. Und eben dieser Umstand rief eine Belebung der Produktion in den anderen Ländern hervor, gab die Möglichkeit, eine internationale Vereinigung der Eisenindustriellen zustande zu bringen, und wirkte anreizend auf die Gesamtkonjunktur. In eben dieser Ausschaltung der englischen Konkurrenz vom Weltmarkt zeigt sich der wichtigste Einfluß des Streiks auf die Gesamtkonjunktur.

Zur Kennzeichnung der in England entstandenen Lage sei vermerkt, daß dort die Kohlenkarte eingeführt wurde

über 7½ Millionen Tonnen nach Holland, fast 3 Millionen Tonnen nach Frankreich usw., so daß seine Gesamtausfuhr nach den am Atlantischen Ozean liegenden Staaten von 7,6 auf 13,9 Millionen Tonnen anwuchs. Zudem begann Deutschland auch nach Uebersee zu exportieren, z. B. nach Argentinien, wohin es in diesem Jahr über 282 000 Tonnen ausgeführt hat. Ebenso verstärkten die Vereinigten Staaten ihre Kohlenausfuhr. Wird beispielsweise die Kohlenausfuhr im Juli d. J. berücksichtigt, dann ergibt sich, daß die Staaten nach England 1,56 Millionen Tonnen ausführten und daß sie ihren Export nach Südamerika erheblich verstärkten. Wird noch hinzugefügt, daß die Preise in England um das Drei- bis Vierfache gestiegen sind, dann sind die ungeheuren Profite der produzierenden Länder durchaus zu begreifen. England selbst importierte monatlich im Durchschnitt 5 Millionen Tonnen, während es bekanntlich früher im Monat über 20 Millionen Tonnen produzierte. Folglich konnte es den Ausfall der eigenen Ausbeute nur in unbedeutender Menge ersetzen.

Was die Eisenproduktion anbetrifft, so stellt sich diese nach dem offiziellen Bericht der englischen Eisenproduzenten in den wichtigsten Ländern folgendermaßen dar:

Die Gußeisenproduktion

(im Monatsdurchschnitt und in 1000 gr. Tonnen)

	England	USA	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg	Saarbezirk	Polen	Schweden
1913 . . .	855	2581	1374	427	204	209	113	87	62
1925 . . .	520	3033	835	697	209	192	119	26	35
1. Halbj. 1926	378	3308	683	750	246,6	197,6	129,1	24,3	36,3
Juli	17,9	3223	756	779	302	208	187	—	—
August . . .	13,6	3201	837	801	313	206	—	194	—
September .	12,5	3162	866	—	308	—	—	—	—

Die Stahlproduktion

(im Monatsdurchschnitt und in 1000 gr. Tonnen)

	England	USA	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg	Saarbezirk	Polen	Schweden
1913 . . .	639	2608	1446	385	202	109	145	133	48,5
1925 . . .	616	3682	1003	608	198	171	129	65	39
1. Halbj. 1926	474,9	4043,6	869,9	666,2	626,7	177,3	135,7	49,7	38,4
Juli	32,1	3561	1003	707	306	188	148	69	—
August . . .	52	4005	1125	693	313	181	—	—	—
September .	96	3931	1126	—	308	—	—	—	—

Daraus ergibt sich, daß der Verringerung der englischen Produktion im Monatsdurchschnitt um 520—570 000 Tonnen eine sehr geringe Produktionszunahme in den Vereinigten Staaten und in Deutschland gegenübersteht.

Interessant ist die Bewegung des Handels mit Eisenfabrikaten. Es ergibt sich, daß England vor dem Kriege im Monatsdurchschnitt 186 000 Tonnen einfuhrte gegen 227 000 Tonnen im Jahre 1925, 828 400 Tonnen im ersten Halbjahr 1926, 271 000 Tonnen im Juli, 315 000 Tonnen im August und 446 000 Tonnen im September; das heißt, daß der englische Import von Eisenfabrikaten im Vergleich zum Vorjahre fast um das Doppelte gestiegen ist. Der amerikanische Import hält sich auf der vorjährigen Höhe und ergibt für die erste Hälfte des laufenden Jahres höhere Ziffern und zwar: 97 000 Tonnen monatlich gegen 70 000 Tonnen im Vorjahre. Ebenso wenig veränderte sich die Einfuhr der anderen Länder, z. B. Frankreichs, wo sie im

Vorjahre 14 000 Tonnen monatlich betrug gegen 16 000 Tonnen im laufenden Jahr. Der deutsche Import betrug im Vorjahre 98 000 Tonnen gegen 73 000 Tonnen in diesem Jahr. Eine viel stärkere Veränderung macht sich in der Ausfuhr von Eisenfabrikaten bemerkbar. Sie betrug im Monatsdurchschnitt in 1000 gr. Tonnen:

	England	Amerika	Frankreich	Belgien Luxemburg	Deutschland	Indien	Insgesamt
1913	414	242	52	139	517	8,7	1372,7
1925	311	140	322	263	268	35,5	1339,5
1. Halbjahr 1926	334	161	337	278	373	26	1429
Juli	244	186	306	—	429	18	1183
August	164	166	324	—	424	—	—

Daraus ersehen wir eine Belebung des Eisenhandels, die ihre Erklärung vollkommen in der englischen Einfuhr findet. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres führte England durchschnittlich 242 000 Tonnen ein; in den folgenden Monaten ging der Eisenimport auf die Weise vor sich, daß er sich in den ersten Streikmonaten erheblich verringerte und in den letzten Monaten rasch anwuchs, wobei der englische Import im September den mittleren Monatsimport der ersten vier Monate dieses Jahres um 203 000 Tonnen übertrifft, während dagegen die Ausfuhr schnell abnimmt und im September um 184 000 Tonnen hinter dem Durchschnitt der ersten vier Monate zurückbleibt. Dessenungeachtet erweist sich die Eisenversorgung des Landes als sehr unzureichend. Wenn infolge der gesteigerten Einfuhr und verminderten Ausfuhr die gesamte Versorgung des Landes mit Eisenerzeugnissen im September auf 392 000 Tonnen anwächst, so ist diese Menge dennoch nicht genügend, um den Rückgang der eigenen Produktion aufzuwiegen, der bei der Gußeisenherstellung über 500 000 Tonnen und bei der Stahlerzeugung sogar über 600 000 Tonnen beträgt. Andererseits betrug die Ausfuhr der kontinentalen Länder — Deutschlands, Frankreichs und Belgiens — insgesamt in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres im Durchschnitt 961 000 Tonnen. In den letzten Monaten ist die deutsche Ausfuhr stark gestiegen, zugenommen hat zum Teil auch der belgische Export; aber die Ausfuhr Frankreichs ist zurückgegangen, so daß wir letzten Endes im Juni eine Verringerung des gesamten festländischen Exports um 10 000 Tonnen, im Juli um 28 000 Tonnen haben, was bis zum September noch keinen ausreichenden Ersatz für den Ausfall der vorhergehenden zwei Monate darstellt. Zugleich sind natürlicherweise auch die Preise für Eisenerzeugnisse sehr gestiegen. Auf dem Gebiete der Eisenindustrie bemerken wir also keine Entwicklung der Produktivkräfte.

Ein etwas anderes Bild bietet uns die Erzeugung der anderen Metalle. Hier findet anscheinend eine weitere Zunahme statt, die sich indessen seit dem Mai etwas verringert, zum mindesten in der Erzeugung derjenigen Metalle, die von den Berechnungen des Amerikanischen Bureaus berücksichtigt werden. Wir bringen einige Angaben, die diesen Vorgang illustrieren. Vor allem jedoch betrachten wir die Metallproduktion der vorangegangenen Jahre. In dieser Hinsicht muß konstatiert werden, daß die gesamte Metallproduktion und Konsumtion im Vergleich zur Vorkriegszeit eine erhebliche Zunahme aufweist. Im Jahre 1925 betrug die Produktion der fünf Basismetalle — Aluminium, Blei, Kupfer, Zink und Zinn — 4,4 Milliarden Kilogramm gegen 3,4 Milliarden Kilogramm im Jahre 1913. Ebenso stieg die

Konsumtion von 3,4 Milliarden auf 4,5 Milliarden Kilogramm. Diese ungeheure Zunahme erklärt sich vorwiegend durch die Steigerung des Kupferverbrauchs auf 400 Millionen Kilogramm dank der Entwicklung der elektrotechnischen Industrie, durch eine Bleikonsumtion von 300 Millionen Kilogramm und einen Zinkverbrauch von 178 Millionen Kilogramm. An dieser starken Steigerung der Metallkonsumtion hatte Europa einen sehr kleinen Anteil. So stieg der Kupferverbrauch in Europa sehr unerheblich — insgesamt um 19 Millionen Kilogramm, während der Verbrauch aller anderen Metalle, mit Ausnahme des Aluminiums, in Europa im Vergleich zu 1913 einen bedeutenden Rückgang aufweist.

Die Produktion dieser Metalle im laufenden Jahr wird von amerikanischen Quellen folgendermaßen festgestellt. Die Kupferproduktion steigt vom Januar bis zum Mai von 133 500 auf 142 200 kl. Tonnen, darauf fällt sie im Juli steil auf 129 500 kl. Tonnen, um im August eine geringe Steigerung auf 132 500 zu ergeben. Die Bleiproduktion hält sich bis zum April fast auf der gleichen Höhe, im Mai und Juni steigt sie rasch, um im Juli und August wieder zu sinken. Im allgemeinen wurden im Januar 111 000 Tonnen und im August 124 000 Tonnen erzeugt. Die Zinkgewinnung erreicht ihren Höchststand im Mai mit 117 000 Tonnen, worauf sie rasch sinkt und im Juni auf 106 000 Tonnen zurückgeht; nachher erholt sie sich ein wenig und beträgt im August 112 000 Tonnen.

Eine gewisse Steigerung weist anscheinend auch die Naphthagewinnung auf. Nach mutmaßlichen Angaben wird sie 1926 1067,3 Millionen Faß gegen 1065,8 Millionen im Vorjahr betragen, wobei in den Vereinigten Staaten die Ausbeute etwas gesunken ist — um 9,7 Millionen, in Mexiko um 24,8 Millionen; dagegen ist sie in der Sowjetunion um 7,7 Millionen gestiegen, in Venezuela um 14,6 Millionen, in Rumänien um 6,3 Millionen, in Indien um 1,2 Millionen, in Kolumbien um 4,5 Millionen, in Peru um 1,7 Millionen. Aus diesen Angaben ist also zu ersehen, daß, abgesehen von der Sowjetunion und Rumänien, eine Zunahme der Produktivkräfte in den neuhinzugekommenen Ländern stattfindet, die gegenwärtig zur Ausbeutung der Naphthaquellen schreiten. Eine gewisse Steigerung der Produktivkräfte zeigt sich folglich auf einem Gebiet, das mit den technischen Veränderungen in der heutigen Industrie in Zusammenhang steht. Auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft, z. B. im Schiffbau macht sich in diesem Jahr eine starke Produktionseinschränkung bemerkbar. Der Schiffbau betrug im 1. Quartal des laufenden Jahres 460 000 Bruttoregistertonnen, im 2. Quartal 376 000 und im 3. Quartal 386 600, was eine erhebliche Abnahme bedeutet. Im Vergleich zur Vorkriegszeit, wo die Durchschnittsproduktion pro Quartal 833 000 Tonnen betrug, ergibt sich eine Abnahme um mehr als die Hälfte.

Hinsichtlich der Textilindustrie besitzen wir folgende Angaben. Im Laufe dieses Jahres, d. h. des am 31. Juli 1926 ablaufenden Jahres, ergibt sich eine gewisse allgemeine Zunahme des Baumwollkonsums, wobei diese Steigerung in Europa (von 9,6 auf 10,2 Millionen Ballen) fast ausschließlich auf die Sowjetunion entfällt. Der deutsche Konsum stieg nach aus derselben Quelle stammenden Angaben von 1 000 000 auf 1 750 000 Ballen. Die anderen Länder weisen fast ausnahmslos eine Abnahme des Konsums auf. Wachsender Verbrauch ist in Asien und Amerika zu verzeichnen. Da bekanntlich in den Baumwollfabriken eine starke Einschränkung der Zahl der Arbeits-

stunden stattgefunden hat, so kann auf diesem Gebiet von einer Steigerung der Produktivkräfte nicht gesprochen werden. Ist es nicht kennzeichnend, daß die Steigerung des Ernteertrages um ganze 8 Prozent eine Senkung der Preise für Baumwolle um fast 45 Prozent hervorrief? Das beweist die sehr niedrige Konsumtionsfähigkeit des europäischen Marktes.

Das Gebiet der Wollproduktion weist eine entgegengesetzte Erscheinung auf, und zwar eine gewisse Zunahme des Wollverbrauchs, soweit sich jedenfalls einerseits nach der Produktionssteigerung im Jahre 1925 gegen 1924 und andererseits nach den Wollsendungen aus den bedeutenden Erzeugungsländern urteilen läßt. Die Wollerzeugung belief sich im Jahre 1925 auf 2892 Millionen Pfund gegen 2806 Millionen im Vorjahr und durchschnittlich 3231 Millionen Pfund im Zeitraum 1903—13. Also betrug die Wollproduktion noch im Jahre 1925 94 Prozent der Vorkriegsproduktion. Im letzten Jahr, vom Oktober 1925 bis zum September 1926, zeigt die Wollausfuhr aus Argentinien eine gewisse Steigerung von 258 000 Ballen auf 343 000 Ballen, während der Export aus Uruguay von 89 500 auf 97 100 Ballen stieg. Der australische Export läßt sich vorläufig nur für ein Jahr bis Anfang Juli feststellen. Während dieser Zeit zeigt er eine Steigerung von 1,7 Millionen auf 2,6 Millionen Ballen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Welthandels im laufenden Jahr haben wir nach den Angaben der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ folgende Tabelle aufgestellt:

Die Entwicklung des internationalen Handels:

I. Außenhandel: England, Frankreich, Belgien und Luxemburg, Italien und Deutschland.

	Einfuhr	Ausfuhr	Bilanz
	(in Millionen Mark)		
1925	4725,1	3555,9	— 1169,2
1926—I.	4302,3	3500,5	— 801,8
1926—II.	3981,1	2978,7	— 1002,4

II. Außenhandel: Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Randstaaten, Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Schweiz

1925	1481,1	1247,4	— 233,7
1926—I.	1347,5	1071,5	— 276,0
1926—II.	1503,3	1108,1	— 395,2

III. Insgesamt:

1925	6206,2	4803,3	— 1402,9
1926—I.	5649,8	4572,0	— 1077,8
1926—II.	5484,4	4086,8	— 1397,6

IV. Außenhandel: Aegypten, Südafrika, Indien, Japan, Australien, Neuseeland

1925	1132,4	1334,7	+ 202,3
1926—I.	1281,9	1402,7	+ 120,8
1926—II.	1143,6	1107,6	— 36,0

V. Außenhandel: Vereinigte Staaten und Kanada.

1925	1791,4	2163,1	+ 371,7
1926—I.	2085,9	1972,6	— 113,3
1926—II.	1822,0	1893,1	+ 71,1

VI. Alle Länder

1926—II.	8450,0	7087,5	
1925	9130,0	8301,1	
1926—I.	9017,6	7947,3	

Daraus ist zu ersehen, daß der Welthandel im Laufe dieses Jahres nicht nur keine besondere Steigerung, sondern sogar einen starken Rückgang aufweist. Also hat sich weder der innere noch der äußere Markt erweitert. Die technischen Veränderungen, die insbesondere in der chemischen Industrie stattgefunden haben, beeinflussen noch nicht die Weltlage des laufenden Jahres. In welchem Maße sie künftig wirksam sein werden, — diese Frage lassen wir gegenwärtig beiseite, da wir nur registrieren, was während des laufenden Jahres vor sich gegangen ist. Ebenso ist es uns nicht möglich, hier eine Analyse der Beeinflussung der Konjunktur im laufenden Jahr durch Kartelle und Trusts vorzunehmen, obwohl es zweifellos ist, daß es den Industriellen dank ihnen gelang, die im Zusammenhang mit dem englischen Streik geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen. Wir weisen nur noch darauf hin, daß der sich anzeigende Rückgang der Arbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern im Ueberfluß von ihrem ungeheuren Wachstum in England und von der wachsenden Auswanderung aus den europäischen Ländern aufgewogen wird. Im Zeitraum zwischen 1920—25 betrug die Zahl der Auswanderer aus Deutschland über 300 000 Deutsche und 150 000 Ausländer, während die Auswanderung aus Italien sich auf 1 860 000 Personen und die aus England auf 1 260 000 Personen belief.

Wie dem auch sei, die allgemeinen Aussichten einer weiteren Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft scheinen, nach der Entwicklung im letzten Jahre zu urteilen, insbesondere für die europäischen Länder zum mindesten nicht rosiger zu sein als in den vorangegangenen Nachkriegsjahren, obwohl in manchen Staaten die Börse auflebt und die Kurse der Wertpapiere steigen. Wir gehen von der Untersuchung der Marktmöglichkeiten aus, von denen bei dem gegebenen Zustand der Produktivkräfte sowohl die technischen als auch die wirtschaftlichen Perspektiven bestimmt werden. Deshalb läuft unsere Schlußfolgerung hinsichtlich der Wirtschaft dieses Jahres darauf hinaus, daß die Wirtschaft keinen Ausweg aus der Nachkriegskrise gefunden hat, obwohl sie sie zum Teil abgeschwächt hat.

J. DURET:

VON DER „PROLETARISCHEN REVOLUTION“ ZUR KONTERREVOLUTION

Vergleicht man die letzten Nummern der „Révolution Proletarienne“ („Proletarische Revolution“) mit den ersten Nummern dieser Zeitschrift, so staunt man unwillkürlich über den von ihr zurückgelegten Weg, über die Schnelligkeit, mit der sich eine syndikalistisch-kommunistische Oppositionsgruppe zu einer ausgesprochen konterrevolutionären Gruppe durchgemausert hat.

Alle in der „Révolution Proletarienne“ von heute veröffentlichten Artikel können in drei Kategorien eingeteilt werden: Artikel gegen die KP Frankreichs, Artikel gegen die CGTU, Artikel gegen Sowjetrußland.

In der letzten Zeit, nach dem Fraktionskampf der russischen Opposition, behauptet diese letzte Kategorie den hervorragendsten Platz.

Boris Souvarine hat es übernommen, die Leser der Zeitschrift über die Vorgänge in Rußland auf dem Laufenden zu halten.

Dieser unwissende, eingebildete, wild gewordene Kleinhürger überschüttet die bolschewistische Partei und die USSR mit Verleumdungen und schmutzigen Insinuationen. Ruß-

land ist ein unglückliches Land, gebeugt unter das Joch einer Handvoll beschränkter und ungebildeter Führer, die die Revolution ins Verderben stürzen. Wie ist es auch anders möglich? Hätten die gegenwärtigen Führer der KP der Sowjetunion und der Internationale auch nur den geringsten politischen Scharfblick besessen, sie hätten sofort begriffen, daß der einzige Weg zur Rettung der kommunistischen Bewegung darin besteht, Boris Souvarine an die Spitze der französischen Partei zu stellen und ihm die Geschicke der Kommunistischen Internationale anzuvertrauen.

Es ist klar, daß Boris Souvarine mit jeder Opposition sympathisieren muß. Doch nur langsam und allmählich vermag er Erinnerungen an altes erlittenes Unrecht zum Schweigen zu bringen und sich von Herzen einer Opposition anzuschließen, die zu ihren Führern einen Expräsidenten der Kommunistischen Internationale zählt.

So lesen wir in der Augustnummer folgende „Liebenswürdigkeit“ über einen der nächsten Mitarbeiter des Genossen Sinowjew:

„Guralski, unter dem Namen Klein in Deutschland und Lepetit in Frankreich, hat beide Parteien nach besten Kräften sabotiert und Sachen gemacht, die sich jeder Qualifikation entziehen. Er war es, der 1924 gewagt hat, Trotzki mit Danton zu vergleichen und der auf diese Weise nicht nur krasseste Unwissenheit auf geschichtlichem Gebiet, sondern auch die schwärzesten Abgründe seiner Seele offenbart hat... Was Wujowitsch anbetrifft, so hat er in den Jugendorganisationen das gleiche besorgt, was der andere in der Partei getan hat...“ usw. usw.

In der Novembernummer ist aber alles vergeben und vergessen — Souvarine ist ein Herz und eine Seele mit der Opposition.

Trotz aller Rücksichtnahme auf den guten Geschmacks- und Geruchssinn unserer Leser sind wir genötigt, ihnen einige Zitate aus Souvarines Leistungen vorzulegen, damit sie sich klar darüber sind, wie abgrundtief ein Exkommunist sinken kann.

„Die allmächtige Fraktion, beunruhigt durch die Ausdauer einer Opposition, der durch die üblichen Einschüchterungs- und Korruptionsmethoden nicht beizukommen ist, hat eine provokatorische Taktik angewendet, von der sie Resultate erhoffte, die ihr die Möglichkeit blutiger Unterdrückungsmaßregeln bieten werden: ein klassisches, jeder Originalität bares Mittel, dessen Erfolg den ehemaligen Bolschewiken eine Ruhepause von einigen Monaten oder Jahren gebracht hätte. Die Opposition, jeder Existenzberechtigung beraubt, hatte nur zwischen offenem Aufstand oder Unterwerfung zu wählen. Sie hat sich unterworfen, um Blutvergießen zu vermeiden, beharrt aber auf ihrem theoretischen Standpunkt.“ (November 1926.)

In der gleichen Nummer äußert sich Souvarine über die bolschewistische Partei wie folgt:

„Alle ehrlichen, aufrichtigen, revolutionären Elemente der internationalen Arbeiterbewegung (von der Art B. Souvarines. J. D.) empfinden tiefsten Widerwillen angesichts des Schauspiels der komplizierten politischen Intrigen, die beweisen, daß diese Leute jedes Gewissens bar sind... Wie begreifen sie es nicht, daß zu einer Zeit, wo sie nicht mehr vom menschenmörderischen Kampfe trunken sind, wo sie sich Zeit nehmen können, um sich darüber klar zu werden, daß sie durch Mißachtung aller Anforderungen der proletarischen Ethik, durch Verzicht auf jede Selbstkontrolle unter dem Vorwand der Unterordnung unter die Disziplin ihrer Clique, durch Unterschlebung ihrer persönlichen oder fraktionellen Ziele statt der Ziele des Proletariats, durch Gutheißung „aller Mittel“, durch Ersetzung der Lehren von Marx und Engels durch diejenigen von Ignatius Loyola und seines Zeitgenossen Machiavelli, durch Anwendung von List, Betrug und Falschheit — wie verstehen sie es nicht, daß sie auf diese Weise zuerst die Achtung vor sich selbst und zuletzt auch die Achtung jedes denkenden Revolutionärs verlieren werden? Blind und taub sind sie, diese machtrunkenen Emporkömmlinge...“

„... Es ist die Gesamtpartei, es ist der degenerierte Bolschewismus, der aus dieser Krise, wie auch aus den früheren drei, erniedrigt, herabgesetzt, besiegt hervorgeht.“

Wenn Souvarine seine Leser über die Art und Weise informieren will, wie die Mehrheit den Sieg errungen hat, tut er es in folgenden Ausdrücken:

„Die von den „Stalinisten“ geschaffene Pogrom-Atmosphäre genügt nicht, die jeder Tribüne beraubte, vollkommen entwaffnete und mechanisch zur Machtlosigkeit verurteilte Opposition in Schach zu halten, und so nehmen sie Zuflucht zu den äußersten Mitteln, um sie zu knebeln, sie an Händen und Füßen zu binden und ihr nur zwei Finger frei zu lassen, damit sie das, was ihr unterschoben wird, unterzeichnen kann.“

Diese Mittel, man hat sie vom italienischen Faschismus gelernt: Horden aufgehetzter Rohlinge wurden in Lastautos in die Versammlungen befördert, wo sich Oppositionsanhänger zeigten, mit der Weisung, jede gegnerische Stimme mit Gepfeife und Gejohle zu übertönen, die Oppositionsanhänger zu mißhandeln und sie aus dem Saale zu werfen, wenn der Lärm und Drohungen sich als unwirksam erweisen. Das Einzige, was noch fehlte, war Rizinusöl: jedenfalls ist es dort zu teuer. Dergleichen Dinge können nicht allein durch die Analyse des sozialen Inhalts der kämpfenden Kräfte, durch wirtschaftliche Ursachen erklärt werden, wie beschränkte und einfältige Pseudomarxisten das zu behaupten geneigt sind. Wir haben es hier mit pseudopathologischen Erscheinungen zu tun, die eines Studiums bedürfen. Jedoch fragt man sich heute schon, ob solche Kampfmethoden unter „Genossen“ möglich gewesen wären, ohne die Wiedereinführung des Wodka, dessen unheilvolle Wirkungen die offizielle Presse nicht mehr zu verheimlichen wagt. Das „Delirium tremens“, dessen Konvulsionen die oben zitierte Zeitung („Prawda“) widerspiegelt, ist alkoholischer Herkunft.“

Souvarine beschuldigt weiter die „Stalinisten“, in ihrem Kampfe gegen die Opposition den Antisemitismus zu predigen:

„Der Antisemitismus ist in Rußland nicht neu. Von der Revolution in den Hintergrund gedrängt, erhebt er heute wieder sein Haupt, und zwar mit einem ganz spezifischen Charakter, den er der Stalin-Fraktion und der Unterdrückung der Opposition verdankt... Engels bezeichnete den Antisemitismus als den Sozialismus der dummen Kerle. Man könnte den heutigen Antisemitismus in Rußland als einen Leninismus der Verrohten bezeichnen...“

Weiter geht Souvarine auf das sogenannte „Chuliganstwo“ ein* und will beweisen, daß auch daran die Partei schuld ist:

„Das Chuliganstwo wütet in der Partei selbst... Zweifellos wird durch den Amoralismus und den Immoralismus, dessen Beispiele von Angehörigen der Partei selbst gegeben werden, die aus anderen Quellen fließende Demoralisierung beschleunigt. Wenn die ehemaligen Bolschewiken Statut, Programm und Resolutionen der Partei, Statut und Beschlüsse der Internationale, wenn sie die sowjetische Verfassung, die Gesetzmäßigkeit und in ihrem Zentralorgan, der „Prawda“, Texte vergewaltigen — besteht kein Grund, warum nicht Mitglieder der Kommunistischen Jugendorganisation junge Mädchen auf den Straßen vergewaltigen sollen.“

So trägt nach der Meinung Souvarines die Partei die moralische Schuld an dem abscheulichen Verbrechen in Leningrad.

Man könnte glauben, daß wir, um diese Sammlung wütesteter Beschimpfungen zusammenzustellen, die gesammelten Werke Souvarines danach abgesehen hätten. Nichts dergleichen! Alle diese Zitate stammen aus nur einem in der Novembernummer enthaltenen Artikel unter dem Titel „Die Niederlage der Opposition“. Die vorhergehenden beiden Artikel Souvarines stehen jedoch diesem keineswegs nach. Infolge des beschränkten Raumes wollen wir uns nur auf zwei kurze Zitate aus dem Artikel der Septemernummer „Vor der Oktober-Konferenz“ beschränken:

„Das Zentralkomitee der Partei besteht in seiner großen Mehrheit aus Strohpuppen, die vom Sekretariat ausgewählt wurden. Es gibt dort höchstens ein Dutzend Persönlichkeiten von einiger Bedeutung, und diejenigen unter ihnen, die in leitender Stellung stehen, verfügen über Tausende von Mitteln und Wegen, um durch Druck, durch Verfolgung Andersdenkender und Korruption sich zu behaupten. Das Sekretariat der Partei, das über das Budget, über alle Ämter, über die Polizei, über administrative Verbannung, über Gefängnisse usw. verfügt, kann in Wirklichkeit alles tun, was ihm beliebt.“

Weiter heißt es:

„Die sowjetische Verfassung, Partei- und Gewerkschaftsstatuten, Kongreßresolutionen — alles ist Null gegen dieses nirgends ausdrücklich formulierte, jedoch nicht minder wirksame, de facto existierende Gesetz, dessen einziger Paragraph lautet: Das Parteisekretariat macht, was ihm beliebt.“

Unter sämtlichen Konterrevolutionären ist wohl schwerlich auch nur einer zu finden, der mit größerer Wut die Revolution beifert, als Souvarine es tut. Deshalb greift man

* Vom englischen Wort „Hooligan“, d. h. Rowdy; bedeutet so viel wie Verübung groben Unfugs, Rohheit bis zur Gemeingefährlichkeit.

sich unwillkürlich an den Kopf vor Erstaunen, wenn man hört, daß Genosse Sinowjew bereit war, diesen Mann nach einem kurzen Buße-Aufenthalt in China oder Amerika wieder an die Spitze der Zentralleitung der französischen Partei zu stellen. Ist es nicht jedem, der sich durch diese Zitate hindurchgefressen hat, vollkommen klar, daß ein Mensch wie Souvarine nach Indien oder nach Peru, nach Abessinien, selbst auf den Mond oder in die Hölle gehen kann, ohne etwas anderes zu werden, als was er ist — Boris Souvarine, ein von Ehrstuden geplagter, geistig beschränkter und konterrevolutionärer Kleinbürger.

Das Kurioseste an der ganzen Geschichte ist aber der Umstand, daß Souvarine weder Mut noch Lust hat, die logischen Konsequenzen aus seinen Behauptungen zu ziehen. Ist die Sowjetunion in der Tat eine Stätte der Korruption, des Despotismus und des Lasters, so muß jeder ehrliche Revolutionär alles aufbieten, um dieses hassenswürdige Regime eher heute als morgen zu stürzen. Würde Souvarine wirklich so denken, wie er schreibt, so müßte er, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, eine neue Revolution, einen Aufstand gegen diejenigen ins Werk setzen, die das Proletariat um die Frucht des Oktobersieges betrogen haben.

Wenn Souvarine es nicht tut, so beweist er damit eins von beiden: Entweder glaubt er selbst nicht an das, was er schreibt, d. h. er lügt geflissentlich und verleumdet die russische Revolution in seinem persönlichen Interesse, oder aber ist er jeder Logik, jeder Folgerichtigkeit des Denkens und jedes politischen Mutes barm. Was uns anbetrifft, so steht unsere Meinung fest: Souvarine, der russisch spricht, der russische Zeitungen liest, der lange Zeit in Rußland gelebt hat, lügt und fälscht Tatsachen, um seine Fraktionsarbeit zu fördern.

Es wäre jedoch falsch, zu denken, daß in der „Révolution Proletarienne“ nur Souvarine allein dieses noble Handwerk betreibt. In der Augustnummer der Zeitschrift finden wir einen Artikel von Louzon unter dem Titel „Die bonapartistische Gefahr“. Hier einige Zitate aus diesem Elaborat:

„Der Bonapartismus war stets diejenige Gefahr, von der die russische Revolution bedroht war und deren entscheidender Augenblick jetzt naht. . . . Der Bonapartismus bedeutete eine Konsolidierung der Resultate der großen französischen Revolution auf agrarischem Gebiet, gleichzeitig aber schnitt er jede Möglichkeit einer Weiterentwicklung der Revolution zugunsten der Klasse ab, die die aktivste Rolle während der Revolution spielte, d. h. der Arbeiterklasse, die, wie immer, für andere Klassen die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte. In Rußland sehen wir heute eine ähnliche Erscheinung. Die russische Revolution wurde, wie die französische, von Arbeitern und Bauern gemacht. Das Proletariat spielte die aktivste Rolle, und die Bauern wurden zu Herren über Grund und Boden. Nun will aber der in den Besitz der heißersehnten Scholle gelangte Bauer, ebenso wie seinerzeit der französische Bauer, der Revolution Einhalt gebieten — denn „seine“ Revolution ist schon getan. Der Stalinismus, die bewußte oder unbewußte russische Form des französischen Bonapartismus, verkörpert diese Gefahr, und alle Oppositionsgruppen — die „Arbeiter-Opposition“, die trotzkistische und die Sinowjew-Opposition — machen gemeinsame Front gegen ihn.“

So hat Louzon den Rekord geschlagen. Während die extremsten Oppositionellen nur von einem „Thermidor“ sprechen, malt er schon einen 18. Brumaire an die Wand!

Außer mit den russischen Fragen, beschäftigt sich die „Révolution Proletarienne“ auch mit anderen internationalen Problemen und streckt den Oppositionen aller Richtungen und Schattierungen freundschaftlich beide Hände entgegen. So finden wir in der Augustnummer einen zwei Seiten langen Artikel über die Gruppe Katz in Deutschland.

Die „Révolution Proletarienne“ wurde gegründet von Monatte und Rosmer, sie ist eine Frucht ihrer Enttäuschung an der politischen Tätigkeit und ihrer Rückkehr zu ihrer ersten Liebe, zum Syndikalismus. Die Zeitschrift stellt sich das Ziel, neben die zwei einander sich bekämpfenden Kräfte — Reformismus und Kommunismus — eine dritte Kraft, einen neuen Syndikalismus zu stellen. Dieses Bestreben ist zum Scheitern verurteilt. Heute ist man entweder für oder gegen die russische Revolution, entweder für oder gegen den Kommunismus. Früher oder später wird jeder von dem Strom ergriffen und an das eine oder andere Ufer geschleudert.

Wenn Menschen wie Monatte, der in moralischer Hinsicht keineswegs mit Souvarine verglichen werden darf, hartnäckigen Widerstand leisten und sich nicht so leicht entschließen, die russische Revolution zu besudeln, wenn solche Menschen auf ihrem Standpunkt zu verharren suchen, so werden sie doch unvermeidlich die abschüssige Bahn hinabgleiten müssen, die von der „Révolution Proletarienne“ zur Konterrevolution führt.

Z. LEDER:
IM LANDE DER UNBEGRENZTEN
MÖGLICHKEITEN*

Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik ist in der gegenwärtigen historischen Periode so groß, daß jedes neue Buch, das in Amerika erscheint und die Grundzüge des dortigen Lebens charakterisiert, sofort in eine oder mehrere europäische Sprachen übersetzt wird; andererseits erscheinen auf dem europäischen Büchermarkt fast jede Woche neue Originalschriften — das Resultat des Studiums von Amerika durch die Europäer. Wir greifen aus dieser äußerst großen „amerikanischen“ Literatur ein paar Schriften heraus, die auf das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ ein ziemlich charakteristisches Licht werfen und in eigenartiger Weise einander ergänzen.

An die erste Stelle haben wir das neue Buch von Henry Ford gesetzt. Offenbar mit Rücksicht auf den „Glorienschein“, der den Namen Ford umgibt, unterließen es die russischen Verlage, dem Leser mitzuteilen, was Ford selbst dem amerikanischen Leser bereits enthüllt hat, und zwar, daß seine Bücher nicht von ihm selber verfaßt werden, sondern von seinem Soldschreiber Samuel Crowther. Letzten Endes ist das natürlich eine Kleinigkeit: hinter dem Buch steht immerhin der Mieter und nicht der Mietherr. Ford aber ist, wie Genosse Frölich, der Verfasser des Vorwortes zur russischen Uebersetzung mit Recht schreibt, der „Prophet und Heiland“, der Europa und besonders Deutschland das „neue Evangelium, die frohe Botschaft der kapitalistischen Auferstehung“ verkündet.

Was bietet nun Ford zur Enträtselung des „Geheimnisses“ des kapitalistischen Amerika? Wenn man für einen Augenblick von der berechtigten Skepsis gegenüber vielem von dem, was Ford über seine Betriebe erzählt, absieht, so kann man sagen, daß die Verwaltungsgrundsätze Fords scheinbar die reinste Verkörperung der Vernunft darstellen. Hier einiges zur Charakterisierung derselben.

Zunächst: Henry Ford predigt, daß man sich den Versorgungsquellen zuwenden soll. Nicht große Betriebe, sondern Betriebe, die den Rohstoffquellen nahe liegen bzw. die die Rohstoffe infolge günstiger Transportbedingungen billig beziehen können — das ist sein Prinzip; daraus ergibt sich eine entsprechende territoriale Verteilung der einzelnen Operationen und der Werkstätten. Eine Organisation des Transports, die maximalste Ersparnisse an Zeit und Produktionskosten gewährleistet — das ist ein weiterer Bestandteil des Ford-„Systems“. Wie ernst Ford an diese Sache herangeht, beweist die Tatsache, daß er bereits seit mehreren Jahren Besitzer von Eisenbahnen, von Binnenseetransportmitteln, von Ueberseedampfern geworden ist. Die billige Erzeugung von Energie wird bei Ford erzielt sowohl durch Schaffung von Wasserkraftwerken an den Flüssen in ländlichen Gegenden, wohin er die Produktion einzelner Teile seiner Automobile, Traktoren, Flugzeuge verlegen ließ, als auch in anderen Fällen durch Erhalt von Energie als Nebenprodukt des Trocknungsverfahrens. Was Ford über sein Verwaltungssystem sagt, ist ziemlich nebelhaft. Dennoch stellen einige Besucher der Ford-Betriebe fest, daß „die Benennung der Posten selber abgeschafft ist, nur diejenigen Posten sind beibehalten, die man durch Gesetz als verantwortliche Personen im Betriebe zu halten verpflichtet ist, im übrigen arbeitet das System“. Offenbar hat Ford an Stelle der traditionellen Hingabe eine eigenartige Nivellierung sämtlicher 160 000 Beschäftigten gegenüber dem Industriekönig Henry Ford durchgeführt. Das wichtigste jedoch ist bei Ford natürlich die Produktion.

In bezug auf die Produktionsmethoden bietet das letzte Büchlein Fords mehr Material als das frühere, aber ungefähr ebenso wenig, wie die von den Ford-Betrieben herausgegebene und an die Besucher zur Verteilung gelangende Reklameschrift „Ford-Industrie“. Beide stehen hinter dem Buch von Arnold** beträchtlich zurück, das für den Techniker insofern Bedeutung hat, als darin die einzelnen Operationen und Maschinen abgebildet sind, allerdings sind sie bereits beträchtlich überholt. Es muß jedoch gesagt werden, daß

* Henry Ford — Samuel Crowther: „To-day and to-morrow“, London 1926, p. 281.
Stuart Chase: „The Tragedy of Waste“, London 1926.

** H. L. Arnold and F. L. Faurotte: „Ford methodes and the Ford Shops“, New York 1919.

alle Beschreibungen nicht klar genug sind, daß man sich aus ihnen wirklich das „Geheimnis“ von Ford aneignen könnte. Doch wie dem auch sei, über das Ergebnis seiner Methoden sprechen die Zahlen der Selbstkosten und der Verkaufspreise, der Umfang der Verkürzung des Produktionsprozesses. Ein Ford-Automobil stellte sich z. B. 1925 um 40 Prozent billiger als 1923/1924. Das ist selbst dann erstaunlich, wenn man in Betracht zieht, daß die gesamte amerikanische Automobilindustrie im Jahre 1925 ihre Erzeugnisse um 29 Prozent billiger herstellte als vor dem Kriege.

Nicht weniger erstaunlich sind die Errungenschaften Fords in bezug auf die Verkürzung des Produktionszyklus. „Der Produktionsprozeß,“ schreibt Ford, „gerechnet von der Gewinnung des Materials im Schacht bis zur Verladung der fertigen Maschine in den Güterwagen beträgt heute rund 81 Stunden, oder 3 Tage und 9 Stunden, statt der 14 Tage, die wir früher für einen unübertrefflichen Rekord gehalten haben.“ Bei einer solchen Organisation der Produktion ist es verständlich, daß die Profite der Ford-Compagny märchenhafte Dimensionen erreichen können: man spricht von 100 Millionen Dollars und darüber in einem Jahre!

Wollte man über die Verwaltungsgrundsätze Fords nach seinen eigenen Worten urteilen, so muß man anerkennen, daß diese Grundsätze die Verkörperung der kapitalistischen Vernunft sind. Wir wollen versuchen, diese Vernunft einer doppelten Probe zu unterziehen: erstens durch ein Analyse seiner Arbeiterpolitik, zweitens durch eine Analyse seiner „Philosophie“.

Eine Analyse der Fordschen Arbeiterpolitik ist bereits von vielen Autoren gegeben worden; auch Genosse Frölich gibt eine solche in seinem Vorwort zur russischen Uebersetzung der Fordschen Schrift. Wir können uns dieser Analyse vollständig anschließen. Sollte sich einer finden, der die wahrhafte Geschichte und eine ökonomische Untersuchung der Ford-Betriebe schreibt — diese Aufgabe könnte natürlich nur ein amerikanischer Kommunist übernehmen, und nach unserem Dafürhalten sollte die amerikanische Partei dafür sorgen, einen derartigen Autor ausfindig zu machen —, dann wird es sich zeigen, daß hinter den „philanthropischen Gesten“ Henry Fords sich der kapitalistische Ausbeuter verbirgt, der die Ausbeutung in eine verfeinerte Kunst verwandelt hat.

Die andere „Achillesferse“ Fords, die andere schwache Stelle seiner vervollkommeneten „Vernunft“ — der kapitalistischen Vernunft —, das ist seine „Philosophie“. Die Amerikaner sind freilich äußerst anspruchslos und verlangen nicht viel in bezug auf „Philosophie“; irgendeine Bettelsuppe, wenn sie nur einigermaßen gewürzt ist, sind sie bereit, als Tochter der himmlischen Weisheit anzuerkennen. Doch sind wir Marxisten anspruchsvoller. Wenn der „Philosoph“ Ford bescheiden erklärt: „Ich glaube an das Privateigentum“, wenn er versichert, daß unter dem Privateigentum es möglich sei, sowohl die Tugend zu wahren — hohe Löhne zu zahlen — als auch ein Kapital zu erwerben — „das Publikum billiger zu bedienen“; wenn er erklärt, daß seine Prinzipien „universal“ seien; wenn er der Welt den ewigen Frieden verspricht unter der Bedingung, daß sie seine Prinzipien zur Erzeugung von Reichtümern befolge; wenn er zu beweisen sucht, daß er die wahre Lebensbilanz gefunden habe — dann müssen wir den „Philosophen der kapitalistischen Vernunft und des Optimismus“ an das treffende Wort von Marx erinnern, das dieser von Stuart Mill sagte: inmitten von Ebenen erscheint auch der Hügel als ein Berg. Jede Gesellschaftsordnung wird nach dem Wuchs ihrer großen Männer gemessen, und über die in Zersetzung begriffene kapitalistische Ordnung kann man auf Grund ihres großen „Philosophen“ Henry Ford urteilen. Wenn Ford aber, nachdem er in die Klemme der Widersprüche der kapitalistischen Ordnung hineingeraten und gezwungen ist, die Produktion einzuschränken (siehe letzte Zeitungsmeldungen), sich zugunsten der fünftägigen Arbeitswoche ausspricht, weil diese dem Volke mehr Muße gewähre, die Muße mehr Bedürfnisse, die Bedürfnisse die Produktion anspornen, die verstärkte Produktion die Profite und die Arbeitslöhne vergrößere und so der ewige Kreislauf der kapitalistischen Ordnung gesichert sei, so können wir dem Archimedes und Leibnitz des Kapitalismus, Ford, erwidern: Du siehst nur eines nicht, nämlich, daß bereits der römische Soldat herannahet — das Proletariat —, der nicht nur deine Kreise stören, sondern auch dich selbst vom Antlitz der Erde wegwischen wird. Denn dich als Person braucht man nicht; man braucht nur das Gute an deinem System.

Niemand anders als ein Landsmann von Ford, Stuart Chase, ging daran, unter Teilnahme von Mitarbeitern des Arbeitsdepartments den Nachweis zu erbringen, wie jenes

selbe System, das auf Privateigentum beruht und an das Ford so fest glaubt, unvernünftig ist. Stuart Chase mit seinen Mitarbeitern machten den Versuch, die „Tragödie der Vergeudung“ des reichsten Landes der Welt zu skizzieren. Die „Radikalen“ verspottend, die „in unnützer Weise über das Verschwinden der Profite schwätzen“, entwirft Chase ein Bild, würdig des Pinsels eines Revolutionärs und Kommunisten, das auf die optimistischen Archimedes-Kreise Fords den schwarzen Schatten einer tragischen Zukunft wirft. 300 000 Familien in Amerika haben ein Einkommen von 10 000 bis 1 Million Dollars jährlich. Fünf Prozent der Familien heimsen demnach 30 Prozent des jährlichen Nationaleinkommens ein. Der Wohnraum, den die Bevölkerung einnimmt, ist um 50 Prozent unter der erforderlichen Norm. Fünf Millionen Menschen im Alter von über 10 Jahren können weder lesen noch schreiben; von 28 Millionen Kindern und Jugendlichen im Schulalter haben nur 16 Millionen die Möglichkeit, regelmäßig die Schule zu besuchen; zwei Drittel der Schulkinder des reichsten Staates sind mit physischen Gebrechen behaftet und jedes vierte leidet an Unterernährung. Und gleichzeitig werden in diesem, seinen Hilfsquellen, seiner hohen Technik und Organisation nach reichstem Land, nach der Schätzung von Chase und seinen Mitarbeitern, nicht weniger als 50 Prozent der Arbeitskraft vergeudet.

Das ist der Anklageakt, oder amerikanisch gesprochen, die „Herausforderung“, die der bürgerliche amerikanische Publizist seinem kapitalistischen Vaterland ins Gesicht schleudert. Wir Kommunisten aber schließen daraus folgendes: Die „Tragödie der Vergeudung“ ist die „Tragödie“ der Widersprüche der kapitalistischen Ordnung. Das ganze liegt an der Organisation der gesellschaftlichen Produktion, die eine bestimmte Organisation der Verteilung nach sich zieht. Die Form der Gesellschaftsordnung wird auf einer gewissen Stufe der Entwicklung eine Hülle, die die weitere Entwicklung der Produktivkräfte hindert. Weder die „philanthropischen“ Pläne Fords noch die im Geiste S. Simons und Fouriers gehaltenen utopischen Pläne Chases werden die herannahende, diese Ordnung bedrohende Katastrophe abwenden. Ford, den seine Konkurrenten — und in erster Linie die General Motors Compagny — mit seiner eigenen Waffe schlagen (mit denselben Produktionsmethoden und den hohen Löhnen), wurde angesichts der fortschreitenden, angeblich unmöglichen Absatzkrise für Automobile zum Prediger der fünftägigen Arbeitswoche, indem er die Notwendigkeit derselben heuchlerisch mit der Erwägung begründet, daß das Land sonst nicht imstande sei, die Produktion zu absorbieren („New York Times“ vom 17. Oktober d. J.). Aber der Stahlkönig Harry erwidert, fromm an das „göttliche Gebot“ erinnernd: „Sechs Tage sollst Du arbeiten und am siebenten ruhen“. Der Stahltrust (United Staates Steel Cooperation), an dessen Spitze Herr Harry steht, ist mit der fünftägigen Arbeitswoche Fords nicht einverstanden, der „Stahlmensch“ des Kapitalismus lehnt die Utopie des „Vernunftdiktators“ des Kapitalismus ab, indem er auf die Unannehmbarkeit der fünftägigen Arbeitswoche in der Stahlindustrie und überhaupt in irgend einem andern Zweig der Volkswirtschaft hinweist und beruft sich darauf, daß dann die Bedürfnisse des „Publikums“ nicht befriedigt werden können. Zwei Priester am Altar des „Publikumsdienstes“ stimmen in der Auffassung über die „Bedürfnisse des Publikums“ von dem Augenblick an nicht mehr überein, wo ihre Handelsbüros die Struktur des Marktes verschieden einschätzen. Die nüchternen Ideologen und Skribenten des Kapitalismus versöhnen sie durch die Erklärung, daß die Utopie Fords wohl schön sei, sie gehöre aber einer fernen Zukunft, zu der „vielleicht revolutionäre Umwälzungen“ in andern Industriezweigen (außer der Automobilindustrie) führen werden („Industriel Mongement“, November 1926 p. 272). Wir stimmen ihnen zu, nur fassen wir die Revolution weiter als sie. Dies wird nicht nur eine Revolution der Technik sein, sondern eine soziale Revolution, die einen Umsturz in allen Produktionsbeziehungen hervorruft. An Stelle der naiven Interessensharmonie Fords, anstelle der utopischen „funktionellen“ Gesellschaft Chases wird sie die sozialistische Planwirtschaft setzen, die basieren wird darauf, daß das Proletariat sich aller Mittel der Produktion und des Austausches, aller Kommandohöhen bemächtigt, aber gleichzeitig auch aller kapitalistischen Errungenschaften der Wissenschaft, Technik, Organisation. An Stelle des „philanthropischen“ oder geschäftemacherischen Herangehens Fords an das Problem mit seinen Theorien von der Allheilskraft hoher Arbeitslöhne für den Kapitalismus, an Stelle des naiv-utopischen Herangehens von Chase, der glaubt, eine richtige Verteilung durch Einführung einer „funktionellen“ Gesellschaftsordnung herbeiführen zu können, wird die soziale Revolution die natürliche und notwendige Aneignung der gesamten Produktion durch die Produzenten selber festsetzen, wird sie die natürliche und notwendige Harmonie zwischen Produktion und Verbrauch schaffen.